

Arbeiter-Zeitung

Rüestet zum
Roten Landsonntag
am 15. Januar!

Preis: 1,00 RM. + 04 Pf.
monatlich 2,15 RM.
Abbestellen: Die dreispaltige Anzeigenspalte
Preis: Die dreispaltige Anzeigenspalte
Preis: 70 Pf. — Annahmestelle in der
Sauptexpektion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpektion: Breslau 10, Krenniger Straße 50, Fern-
sprecher 48002, Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Krenniger Straße 50 (Hinter-
haus). Fernsprecher 48002. **Verlag:** Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — **Vertrieb:** Breslau. — **Ver-
lag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Krenniger
Straße 50, Fernsprecher 48002.

Verschärfte antiimperialistische Offensive

Zur zehnjährigen Wiederteher des Zeitpunktes der Ruhrbesetzung

Von Ernst Thälmann

„Vereinigte Aktionen (des Proletariats) wenigstens der abilitierten Länder sind eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.“
(„Kommunistisches Manifest.“)

I.
An der Schwelle des Kampfesjahres 1933, im Angesicht des zehnjährigen Jahrestages der Ruhrbesetzung durch die Armeen des Entente-Imperialismus (11. Januar 1923) liefern die kommunistischen Parteien Westeuropas eine erneute gewaltige Manifestation ihrer unverfälschten internationalen Offensive gegen die imperialistische Kriegspolitik der Bourgeoisie und den imperialistischen Versklavungspakt von Versailles. Die auf der vor wenigen Tagen in Essen stattgefundenen, von den kommunistischen Parteien Westeuropas beschiedenen Konferenz gefassten Beschlüsse — Zeugen unseres unbestechlichen proletarischen Internationalismus, der Annäherung und Kampfesverbündung der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen der kapitalistischen Länder Europas gegen das Versailler System — werden und müssen für die Propaganda und kommenden Aktionen unserer Partei von größter richtunggebender Bedeutung sein.

Neue Sturzschläge chauvinistischer Verhetzung, eine neue Welle nationalstischer Leidenschaften will die faschistische Bourgeoisie Deutschlands entfesseln, um ihre bevorstehende außenpolitische Niederlage und den Einbruch in Genf, um das Stakko des „Gleichberechtigungs“-betruges zu verschleiern und um seine neuen Aufrüstungspläne, die Militarisierungs- und Faschisierungsbestrebungen im Innern („Reichslaboratorium für Jugendberückung“), die Miliz- und Arbeitsdienstpflichtpläne usw. um so besser durchführen zu können. Die Bourgeoisie will von der sozialpolitischen Bebrückung und dem faschistischen Terror im Innern des Landes ablenken und die Aufmerksamkeit der werktätigen Volksmassen wieder stärker auf den „äußeren Feind“ lenken.

Auf der ökonomischen Basis des Wachstums und der Verschärfung der kapitalistischen Krise sehen wir in allen kapitalistischen Ländern ein Anwachsen autarkischer Bestrebungen, die die Entfaltung einer nationalstischen Welle fördern, und auf deren Basis sich wiederum sowohl der Faschismus als auch die chauvinistischen Kriegseidenschaften entwickeln. Mit dem vom 12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale festgestellten Ende der kapitalistischen Stabilisierung und angesichts des wachsenden revolutionären Aufschwungs wachsen die Bestrebungen der Imperialisten, auf gewaltsamem Wege die ihrem Wirtschaftskörper fehlenden Absatz-, Rohstoff- oder Verkehrs-territorien zu erobern, bestehende Unterdrückungsverhältnisse zu verschärfen (Versailles, St. Germain) bzw. auf Grund veränderter Machtpositionen und Bündnisombinationen sogenannte „Neuregelungen“ der Grenzen — in Wirklichkeit imperialistische Annexionen und eine Neuaufteilung der Welt — vorzunehmen. Hinter allen Operationen diplomatischer oder militärischer Formen dieser Art lauert mehr oder weniger offen die Absicht der Erweiterungen dieser Angriffe

neuen aggressiveren imperialistischen Kurs verbundene Bildung des Paul-Boncour-Kabinetts in Frankreich usw. erneut und verschärft das Problem der Tributverklavung Deutschlands aufrollen.

Das bisher noch nicht ratifizierte Kaufmanns-Abkommen, das den Versuch einer „Neuregelung“ des mit dem Dawes- und Young-Plan in die Sackgasse geratenen Tributproblems darstellt, ist durch die Zahlungsforderung der USA, durch die Verweigerung des Moratoriums und durch die Weigerung Frankreichs und Belgiens zur Zahlung der fälligen Rate an Wallstreet praktisch annulliert worden. — Das führt einmal zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, zu zunehmenden Erschütterungen des kapitalistischen Finanzsystems, besonders der Gläubigermächte, und zum anderen zu neuen schweren Tributlasten für das deutsche werktätige Volk, zu neuen entehrenden imperialistischen Abkommen gegen das deutsche Proletariat und die werktätigen Schichten.

Mit dem vom Schleicher-Kabinett eingeschlagenen außenpolitischen Kurs, mit seiner stärkeren Frontstellung gegen Frankreich (Ruhrtreue) beschreitet die Schleicher-Regierung in weitgehendem Maße den von den Nazis seit Jahren projektierten Weg eines Bündnisvertrages mit Italien, England und einigen Donaufürstentümern. Die weiteren außenpolitischen Bewegungen und die Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes müssen angesichts der Vertiefung der Wirtschaftskrise und des wachsenden revolutionären Aufschwungs zu einer weiteren Verschärfung der Versailler Krise führen. Mit den schleicherischen Aufrüstungsplänen versucht die deutsche Bourgeoisie — ebenso wie die Paul Boncour in Frankreich und die Imperialisten Englands — den chauvinistischen Leidenschaften einen weiteren Auftrieb und der Kriegspolizei weitere Nahrung zu geben.

Mit Hilfe der Genfer „Fünfmächte“-Konferenz, die wieder einmal eine Nebelwand von „Friedens-“ und „Abrüstungs“-Versicherungen errichtet und Berge von Makulatur aus „Freundschafts“-Erklärungen produziert, verschärfen die Imperialisten ihre Kriegsmachnahmen zur bevorstehenden Ausräumung der Gegenstände untereinander. — Der polnische Imperialismus, der am Danziger Korridor immer drohender mit dem Säbel rasselt, immer deutlicher seinen Okkupationsabsichten gegen Danzig, Memel usw. Ausdruck gibt, die deutschen Widerheiten verschärft unterdrückt, hat gerade in den letzten Dezembertagen im Danziger Hafen wieder nicht mißzuverstehende Kriegsmachnahmen und aggressive imperialistische Drohungen gegen Deutschland durchgeführt. — Im Fernen Osten hat der japanische Imperialismus



eine blutige Kriegsoffensive

zur weiteren Fertigstellung Chinas und zur Festigung seiner geraubten mandchurischen Positionen begonnen.

So stellt die internationale Lage, die Verschärfung der Versailler Krise, der in Deutschland sich immer deutlicher herauskristallisierende Brandherd neuer Kriegskonflikte auf dem europäischen Kontinent, so stellt die auch infolge der zunehmenden Aufpeitschung nationalstischer Leidenschaften wachsende Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits die deutsche kommunistische Partei vor eine Reihe ernster, äußerst verantwortungsvoller Aufgaben, die zu erfüllen die deutsche kommunistische Partei als stärkste aller kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern besonders verpflichtet ist.

Das 12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hat gerade angesichts des „sich vollziehenden Überganges zu einer neuen Reihe großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und den Staaten, zu einer neuen Reihe von Revolutionen und

Kriegen“ und angesichts der Tatsache, daß „die Kräfte bis zur Auslösung der revolutionären Krise kurz bemessen sind“, die besonders große Verantwortung der deutschen Partei vor dem internationalen Proletariat festgestellt.

Wenn wir daher, bei Beginn des Kampfesjahres 1933 — anlässlich der zehnjährigen Wiederteher der Ruhr-Okkupation — unter dem Gesichtspunkt des proletarischen Internationalismus in eine nähere Betrachtung des Ruhrkrieges eintreten, so behandeln wir den Ruhrkrieg nicht nur als ein historisches Objekt, sondern als ein Ereignis von weittragender internationaler Bedeutung, das eine Fülle ernster und äußerst gegenwärtiger Probleme des proletarischen Klassenkampfes, des großen Kampfes um die soziale und nationale Befreiung der Werktätigen in sich birgt. — Wir unterziehen uns so gewissenhafter diese heroischen Etappen des proletarischen Freiheitskampfes einem ersten bolschewistischen Stadium, um auf breiter Grundlage und an den selbstgemachten Erfahrungen zu lernen, die Welt nicht nur richtig zu interpretieren, sondern um sie um so schneller revolutionär zu verändern.

Der Ruhrkrieg hat dem internationalen Proletariat wertvolle Bereicherungen seiner Erfahrungen gebracht über die Ursachen imperialistischer Kriege, über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Feind im eigenen Land, über die landesverräterische Rolle der Bourgeoisie in einem Kriege, über die sozialchauvinistische Rolle der Sozialdemokratie und vor allem auch über die erfolgreichen antiimperialistischen Aktionen der deutschen, französischen und belgischen kommunistischen Jugendverbände unter Führung der kommunistischen Jugendinternationale. Die glänzende revolutionäre Tätigkeit der Jungkommunisten unter den Befehlstruppen, die sich teilweise bereits offen mit den Rhein-Ruhr-Arbeitern verbündeten, ihren Offizieren den Gehorsam verweigerten und mit den Arbeitermassen zu gemeinsamen Kämpfen vereinigten,

Sind Ruhmesblätter in der Geschichte der internationalen Arbeiterjugend.

Der Ruhrkrieg und die im Jahre 1923 in Gießen eingetretenen Ereignisse werfen darüber hinaus innerhalb der Partei und vor der deutschen Arbeiterklasse eine Reihe von Problemen auf, die von entscheidender Wichtigkeit für den proletarischen Freiheitskampf sind (Rolle der „linken“ SPD. — Kommunismus und nationale Frage — Einheitsfrontpolitik — die Frage der Verbündeten usw.).

(Fortsetzung 2. Seite)

SWP.-Betriebsräte kommen zur KPD.

In Plauen (Sachsen) haben die bisherigen SWP.-Betriebsräte Albert Müller und Arno Richter ihren Eintritt in die KPD beantragt. Müller ist Betriebsratsvorsitzender im Elektrizitätswerk und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe, Vorstandsmitglied im Gesamtverband und Mitglied des ADGB-Ernteschusses.

Richter ist Betriebsratsvorsitzender im Krankenhaus Plauen und Vorstandsmitglied im Gesamtverband.

Richter und Müller gaben eine gemeinsame öffentliche Erklärung ab, in der sie sagen:

„Nur die KPD schafft durch ihre revolutionäre Politik die Einheit der Arbeiter im Betrieb. Nur unter Führung der KPD wird die deutsche Arbeiterklasse den Weg zur Freiheit, zum Sozialismus erfolgreich beschreiten.“
Unser Auftreten und Handeln hat uns mit der Arbeiterschaft der städtischen Betriebe und unseren Kollegen im Handwerk und Krankenhaus seit verbunden.

Indem wir durch diese Erklärung unseren Übertritt zur kommunistischen Partei vollziehen, fordern wir alle Klassengenossen in der SWP. und SPD. auf:

Gehet den gleichen Weg! Erkennt die Notwendigkeit des revolutionären Handelns. Schließt euch mit uns der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der KPD, an! In roter Einheitsfront im Betrieb schlagen wir unseren Feind und kämpfen so für unser Ziel: den Sozialismus!

Arbeiter, hört diesen Ruf! Stellt in allen Betrieben die Einheitsfront des Kampfes her, kämpft gegen die Unternehmeranschläge, bereitet im Zeichen der Einheitsfront die Betriebsratswahlen vor! Wählt überall auf Grundlage der Einheitsfront Wahlschüsse zur Betriebsratswahl, die zusammen mit der Belegschaft die Wahl solcher Betriebsräte vorbereiten, die im Kampf gegen das Unternehmertum in erster Reihe stehen.

weil die Regierung aus den Taschen der Steuerzahler erhielt...

Gerade in diesen Tagen, da die faschistische Schleich-Regierung, da die Nationalsozialisten, da die Sozialfaschisten und alle bürgerlichen Parteien...

Die deutsche Schwerindustrie, Landwirtschaft und Handel erklären sich bereit, jährlich 500 Millionen Goldmark an Reparationen zu zahlen...

So fleht die deutschen Schwerindustriellen mit Zustimmung der Reichsregierung den Schutz der Bajonette Poincarés herab...

Der offizielle deutsche Regierungsvertreter, Herr Lutterbeck, wandte sich damals persönlich an den kommandierenden General der französischen Besatzungsarmee...

Als die durch die imperialistischen Besatzungsbehörden mit Zustimmung der Stinnes, Krupp, Lutterbeck, Reichskanzler Cuno usw. geplante Niederdrückung des Rhein-Ruhr-Proletariats nicht gelang...

Ruhrkrieg noch ein klingendes, lohnendes Geschäft

Für die deutschen Unternehmer, besonders die Ruhrkapitalisten. So erhielt die deutsche Bourgeoisie, neben ihrem inflationistischen Raubzug...

Es muß vor der gesamten internationalen Arbeiterschaft festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie von Beginn des Ruhrkrieges an das verwerfliche Ziel der Prozent-Patrioten...

Die SPD. schloß den „Burgfrieden“ mit den Feinden des Proletariats verübt zu einer Zeit, wo der rüchichtslofeste Bürgerkrieg das Geheiß der Stunde war...



Die neue Kampfbroschüre der KPD für soziale u. nationale Befreiung Preis 10 Pf.

haben gezeigt, daß, solange der Imperialismus, und sei es auch nur in einem Lande, noch lebt, auch Gewalt und Raub fortleben. Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß der Imperialismus jeder beliebigen Koalition gleich blutdürstig ist...

(Auszug aus dem Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Mai 1919.)

Behörde „verhafteten“ Bergwerksdirektoren als „nationale Gelben“ und kämpften — vereint mit den Bergheeren — gegen jeden Streik der Bergarbeiter...

War der flammende Protest der Sowjetunion, der Protest des einzigen Staates der Erde gegen die Ruhrbesetzung, ein wichtiges leuchtendes Signal der Klassenverbundenheit des Landes der Arbeiter und Bauern...

revolutionäre Soldatenzellen

Geschaffen. Ganze Ballen der revolutionären Soldatenzeitung „La Coërne“ flogen durch Türen, Fenster und über die Kaserneumauern in die Soldatenstuben der französisch-belgischen Besatzungsarmee...

Millionen Franken warf das französische Generalkommando aus zur Korruption der Bevölkerung, um Judas, Denunzianten, Spione und Verräter zu kaufen...

Die revolutionäre antimilitaristische Tätigkeit unseres kommunistischen Jugendverbandes während des Ruhrkrieges ist eine seiner ruhmvollsten Epochen, einer der heroischsten Abschnitte in seiner Entwicklung und Geschichte...

Die deutsche Bourgeoisie feiert jenen Leo Schlageter, der von den Franzosen in der Gokheimir Heide erschossen wurde, als ihren Nationalhelden. Leo Schlageter starb für jene deutsche Bourgeoisie, die mit dem französischen Imperialismus partiierte!

Wir Kommunisten gedenken heute besonders unserer tapferen jungen revolutionären Helden aus dem Ruhrkrieg, die ihre Treue zur proletarischen Klasse, ihren leidenschaftlichen Kampf für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen Volkes mit ihrem jungen Herzblut bezahlten!

Wir gedenken unserer jungen und tapferen Hugo Demaré aus Essen, den die Kugel eines französischen Kriminalbeamten traf, wir gedenken des im Krupp-Betriebe von der französischen Soldateska erschossenen Genossen Jander, unseres Genossen Selbach aus dem Ruhrgebiet...

Wir gedenken weiter der Duzende namenlosen Helden, die in den französischen Gefängnissen in Ludwigshafen, in Wiesbaden, im Hunsrück, in der Eifel usw. unsagbar gequält, zum Teil auf bestialische Weise getötet wurden...

Die Namen unserer jungen revolutionären Helden, ihre mutigen Taten während des Ruhrkampfes, müssen als lebendige revolutionäre Beispiele tief in die Herzen unserer proletarischen und der gesamten werktätigen Jugend eingegraben werden!

Konferenz der westeuropäischen kommunistischen Parteien und kommunistischen Jugendverbände in Offen weit mit ihren öffentlichen Manifesten...

ruhmvolle revolutionäre Taten

feiert werden. So hieß es unter anderem z. B.:

„Die Offener Konferenz nahm eine Anzahl Resolutionen an. Diese erklärten sich für den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag, für Sabotage der militärischen Unternehmungen der französischen Bourgeoisie und für die Vorbereitungen eines Generalstreiks in Frankreich für den Fall eines Krieges oder einer händigen Besetzung des Ruhrgebietes.“

Ueber das damals beschlossene Manifest heißt es noch in der Anlagechrift des französischen Generalstaatsanwalts:

„Dieses Manifest ist aber eine lange heftige Anklage gegen den Versailler Friedensvertrag und gegen den Plan der Besetzung des Ruhrgebietes.“

Die französische Bourgeoisie hatte es insbesondere unserem alten ehrwürdigen Genossen Cachin sehr stark angekreidet, daß er bereits im Jahre 1922 auf dem IV. Weltkongreß der kommunistischen Internationale erklärt hatte:

„Für uns in Frankreich bringt der Klassenkampf die Pflicht mit sich, aus Entschiedenheit gegen den Versailler Friedensvertrag zu kämpfen, seine verderblichen Folgen zu zeigen, auf den heftig wachsenden Einfluß des Militärs in unserem Lande hinzuweisen, die sofortige Klärung des linken Rheinufers zu verlangen, die sofortige Freisetzung der 8 Millionen Rheinländer zu fordern, die unter dem Joch unserer Militärischen stehen.“

Diese heroischen Beweise unseres brüderlichen, internationalen Kampfes gegen das Versailler Diktat, diese mutige Kriegserklärung unserer französischen Genossen, die gegen den chauvinistischen Strom...

Heute vor zehn Jahren die deutschen, französischen und belgischen Kommunisten auch den Ruhr-Einmarsch der alliierten Truppen nicht verhindern, konnten auch noch keine Waffenkämpfe und „Kriegsaktionen“ den Entsetzten-Truppen den Zugang zum Ruhrgebiet verhindern, so können wir heute, nach zehn Jahren unauflöslichen Vermarres des Kommunismus in Deutschland, nach dem revolutionären Aufschwung auch in Frankreich auf harte, gefestigte kommunistische Parteien hinweisen, die mit allen Kräften ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen bestraft sind.

III.

Als die „deutsche Jugendkommission“ marschierte die Truppen Poincarés in das Ruhrgebiet ein. Es galt, die Ruhrkämpfe, diese stärksten Kämpfe Deutschlands, sowie einen Teil der chemischen Industrie (Düngemittel, Sprengstoffe, Farben) mit Beschlag zu legen.

Der Versailler Imperialismus griff mit diesen Projekten einen Plan der Ruhr-Montan-Gewaltigen auf, die insbesondere in den Jahren 1911-1915 die dortige Industrie der französischen und belgischen Geiz- und Habgier im Osten dieser Länder forderten.

Unter dem im Januar 1923 erfolgenden Ruhr-Einmarsch handelte vor allem das französische „Comité de Forges“ (= das Syndikat der französischen Eisenindustrie), in welchem Monsieur Schneider, französischer Reichsminister, der Hauptteilhaber des Mammut-Konzerns des Schneider-Creusot, den wichtigsten Platz einnahm.

Wie nicht von Ehre und Nation, nicht um das Vaterland ging es den Vertretern des Ruhrkrieges; es ging um klingende Profite, um den höchsten Gewinn, um den höchsten Gewinn-Prozentsatz an der Ausbeutung des Rhein- und Ruhr-Proletariats, es ging um das Geschäft, um den Profit!

Es muß gerade heute allen Werktätigen angeichts der nun wieder stärker chauvinistisch gebärdenden deutschen Bourgeoisie in Erinnerung werden, wie sich damals die deutschen Kapitalisten den Poincarés, Degoutte, Tirard, den französischen Militärmachthabern an den Hals warfen, um am Kriegsgeschäft teilnehmen zu können.

Es darf daran erinnert werden, daß von deutscher Seite aus der Gedanke einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Basis eines Austausch von Rohstoffen gegen lohnbringendes Mineralien niemals von vornherein abgelehnt worden ist.

Die schmutzige, landesverräterische Anbeugung der deutschen Bourgeoisie an den französischen Imperialismus ist ein Musterbeispiel nationalstiller Auffassungen von solchen Begriffen wie: Vaterland, Heimat, Nation usw. — Wir erleben noch vor kurzem, als der „Besatz“-Menschen im Ruhrgebiet, Deutschlands größter Stahltrakt,

(Schluß des Artikels von Thälmann)

den chauvinistischen Schlageter-Kultes und nationalistischer „Heldenverehrung“ verweisen wir auf unsere heldenmütigen jungen Kämpfer, auf die Föderierten-Mauern an Rhein und Ruhr — auf die

Blutzeugen proletarischen Kampfes

um die soziale und nationale Befreiung Deutschlands. Dem Vorwürfe dieser unserer Besten nachzueifern, muß die Ehre und die erste Verpflichtung eines jeden Jungkommunisten sein. Mit größtem Stolz steht heute noch die kommunistische Partei auf die Aktionen der revolutionären Jugend- und Arbeitervereine wie überhaupt der proletarischen Hundertschaften zur Zeit des Ruhrkrieges zurück. Sie waren es, die dem Faschismus mutig entgegentraten und die am Neglitzberge bei Honnef am Rhein und in vielen anderen Kämpfen die von Frankreich bestochene und zum Teil von der Zentrumspartei bewaffnete Söldnerbrut des Separatismus in die Flucht schlugen. In den gesamten Massenkämpfen von 1923, die ihren Höhepunkt im Cuno-Streik fanden, wurde vor den Massen die große Bedeutung des Massenstreiks als politischer Kampfswaffe aufgerollt. Die Kette der politischen Streiks und die Massenstreiks rissen nicht ab, sie bildet heute noch einen Teil der wichtigsten Kampferfahrungen des deutschen Proletariats.

VI.

Wir Kommunisten waren während des Ruhrkrieges und sind heute — beim Übergang zu einer neuen Reihe von Kriegen und Revolutionen — die einzigen Bannerträger des proletarischen Internationalismus, die einzigen Führer der werktätigen Volksmassen im Kampfe gegen die imperialistische Kriegspolitik und das Schandbildnis von Versailles. Erging vor zehn Jahren mutig der revolutionäre Kampfpfeil des kämpfenden Internationalismus, so erschallt heute um so schärfer unser Kampfruf gegen die faschistische Schleicher-Diktatur und gegen das Räuberbildnis von Versailles, — gegen den „Feind im eigenen Land“ und gegen die Tributjochmacht. —

Im Kampf gegen die proletarischen Klassenfeinde führt unsere Partei zur gleichen Zeit eine breite Kampagne zur selbstkritischen Überprüfung der Lösungen, Parolen und taktischen Maßnahmen der KPD während des Ruhrkrieges. Im Sinne unserer ideologischen Offensive gilt es, mit der Waffe des Leninismus, im Kampfe gegen die in der Praxis längst liquidierten falschen Auffassungen der brandleristischen Parteiführung während des Ruhrkrieges, unseren hochpolitischen Standpunkt zum Problem der nationalen Befreiung unter die Massen zu tragen.

Es war z. B. tiefer Opportunismus und eine glatte Verfälschung der Beschlüsse der kommunistischen Internationale, wenn die Brandlerführung durch den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte unmittelbar nach der Ruhrbefreiung in Massenflugblättern den Standpunkt vertrat,

„die deutsche Nation könne nur dann vom Untergange gerettet werden, wenn es den werktätigen Massen gelinge, die landesverräterischen Ausbeuter niederzuwerfen und die Lasten der Reparationszahlungen aus ihren Profiten so lange zu leisten (!) . . .“

„bis — man höre und laune nun weiter — bis es möglich ist. . . mit Hilfe eines Abwehrblocks der deutschen, österreichischen, russischen Arbeiter- und Bauernschaft und mit Hilfe der unterdrückten Arbeiter und Bauern in Indien und Ägypten (!) eine kampffähige Abwehrfront gegen die übermächtigen Friedensmacher (!) von Versailles zu führen.“

Diese durch und durch reformistische Konzeption der Brandleristen, so lange die Tributjochmacht zu erfüllen, bis — ein „Abwehrblock“ und eine — „kampffähige Abwehrfront“ sogar mit den ägyptischen Werktätigen erreicht ist, entsprach einer der Sozialdemokratie verwandten Ideologie und äußerte sich sogar in einem durchaus ernstem Appell der Brandleristen

„an die deutsche Bourgeoisie, wenigstens soviel Patriotismus aufzubringen, um die Kosten der Tributzahlungen so lange auf sich zu nehmen, bis es möglich gewesen wäre . . .“ usw.

Man muß sich heute noch wundern, welches Ansehen die deutschen Progenypatrioten bei unseren Brandleristen genossen und welchen „vaterländischen Opfermut“ sie diesen profit- und beutehungrigen Maßgebern obendrein noch zutrauten!

Gegen alle rechtsopportunistischen Verfälschungen unserer internationalen Beschlüsse anzukämpfen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms und der Anti-Versailles-Proklamation, wird eine ebenso unerlässliche Aufgabe sein, wie gegen die brandleristischen Thesen aus dem Jahre 1923 zu kämpfen, die vom „Sieg des Faschismus über die November-Republik“ saßen, die ferner einen

„Weg mit der linken SPD. zum Zwecke der Eroberung der Macht (!) auch einstweilen auf demokratischem Wege“ (!) (Brandler's Thesen)

vorschlugen, praktisch auch durchführten und an der Oktober-Niederlage des deutschen Proletariats mitschuldig wurden. — Im Kampfe gegen alle diese rechtsopportunistischen Auffassungen, gegen zugewandte Überreste (z. B. in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes!) und gegen jegliche trotzkistische Tendenzen, muß unsere Partei wachsen und sich innerlich festigen, um ihre Schlagkraft in den kommenden Kämpfen zu erhöhen und zu verstärken.

VII.

Gemäß den bedeutenden Beschlüssen der Internationalen Konferenz in Offen vom Jan. 33 wird die deutsche kommunistische Partei eine breite Massenoffensive gegen die Schleicher-Diktatur, gegen die neuen sozialreaktionären Attäen (Margarine-Verteuerung, Zollwucher usw.), gegen die neuen Raubmaßnahmen an den Unternehmungen usw. führen und den energischsten Kampf gegen die Kriegs-, Faschisierungs-, Militarierungs- und Tributpolitik führen.

Es gilt, die jetzt besonders mit sozialer Verdrängung emporgetragene

chauvinistische Welle entscheidend zu brechen,

den nationalistischen Ruhrbefreiungskrieg, insbesondere den nationalsozialistischen „Anti-Versailles“-Betrug, zu entlarven, unsere Offensive in die Rüstungsbetriebe hineinzutragen, eine breite antimilitaristische Massenkampagne gegen die verstärkten Kriegsmagnaten der Imperialisten in Danzig, Memel usw. durchzuführen!

Wir kämpfen mit der kommunistischen Partei Polens für das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung Oberschlesiens und des polnischen Korridors, für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an Deutschland. Mit großem Stolz verweisen wir auf den Beschluß der Internationalen Konferenz vom Januar 1933, zu kämpfen „gegen die Verflawung der Völker und nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, gegen die Entrechtung des österreichischen Volkes . . .“, „für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes Elb-Lothringens bis zur Lostrennung von Frankreich, für die Befreiung des Saargebietes von imperialistischer Besetzung“.

Wir wissen: Unser Kampf um die Befreiung der Werktätigen ist kein leichter! — Wie die zaristischen Banditen Lenin als „deutschen Spion“ und als „Landesverräter“ zu infamieren versuchten, wie die deutsche Bourgeoisie während des letzten Weltkrieges unsere tapferen Genossen um Völkerecht und Rosa Luxemburg als „Landesverräter“ und „Dolchstoßler“ beschimpfte, — so wird die deutsche Bourgeoisie ihre Anstrengungen verstärken, unsere Partei als eine „ausländische“, hinzustellen, unsere Genossen als „Landesverräter“ zu infamieren und sie als „fremdländische Agenten“ zu verleumben. —

Wir kennen diesen Jargon zur Genüge aus den vergangenen Kämpfen des internationalen Proletariats. Vor kurzem hat noch ein führendes deutsches Industriellenblatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die Verhaftung führender deutscher Kommunisten verlangt, weil sie — zum Leidwesen der deutschen Geschäftspatrioten — im Auslande (!) gegen den Versailler Schandvertrag auftraten und dabei auch — was für einen proletarischen Internationalisten selbstverständlich ist — die Kriegspolitischen Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie entlarvten.

Wenn wir Kommunisten gerade jetzt erneut unsere Kampfpläne entrollen gegen die Imperialisten, gegen die Versailler Anechtung, dann wollen wir auf ein Wort Lenins hinweisen, das einem am 20. August 1918 an die amerikanischen Arbeiter geschriebenen Brief entnommen ist. Lenin sagte dort über die Sowjetunion, über das Land, das die Tributverträge zerriß:

„Das erste Land, das die Fesseln des imperialistischen Krieges zerriß, war unser Land. Wir haben die schlimmsten Opfer gebracht, um diese Fesseln zu sprengen, aber wir haben sie gesprengt. Wir stehen außerhalb der imperialistischen Verpflichtungen, wir entfalten vor der ganzen Welt das Banner des Kampfes für den völligen Sturz des Imperialismus.“

Und zwei Jahre später, auf einer Konferenz der Vorsitzenden des Kreis-Exekutiv-Komitees und der Vorposten des Moskauer Gouvernements, schweberte Lenin abermals seinen Kampfplan gegen den

Versailler Raubvertrag „von Mördern und Räubern“, aber gleichzeitig an Hand der siegreichen russischen Revolution den Weg der Befreiung des Versailler Pattes aufzeigend:

„Der Versailler Vertrag aber ist ein Vertrag von Mördern und Räubern. Als uns der Frieden von Brest-Litowsk aufgezwungen wurde, unter dessen Joch wir uns so lange bekamen, da schrie man in der ganzen Welt, das sei ein Raubfriede. Als Deutschland besetzt war, da schrie der Völkerverbund, dessen Mitglieder gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen.“

Man zwang Deutschland einen Frieden auf, aber dieser Friede war ein Friede von Wucherern und Hebern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstört. Man nahm diesen Räubern alle Mittel zum Leben, ließ die Kinder hungern und Hungers sterben. Das ist ein ungeheurerlicher Raubfriede. Was also ist der Versailler Vertrag? Ein ungeheurerlicher Raubfriede, der Duzende Millionen Menschen, und darunter die zahllosesten, zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Mördern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind.

Unsere Armee hat aber der ganzen Welt gezeigt, daß der Versailler Vertrag nicht jene Macht ist, als die man ihn hinstellt, daß hunderte Millionen Menschen jetzt dazu verurteilt sind, Jahrzehnte hindurch selbst zu zahlen und ihre Entel und Urntel zu zwingen, Anleihen zu bezahlen, um die französischen, englischen und die anderen Imperialisten zu bezahlen. Die Rote Armee hat bewiesen, daß dieser Versailler Vertrag keine sehr feste Grundlage hat. Nach dem Abschluß dieses Versailler Vertrages hat unsere Armee gezeigt, daß das rümierte Sowjetrußland im Sommer 1920 — dank dieser Roten Armee — nahe daran war, den völligen Sieg zu erringen. Die ganze Welt sah, daß es eine Kraft gibt, der der Versailler Vertrag nicht schrecklich ist, und daß keine Versailler Verträge die Kraft der Arbeiter und Bauern brechen können, wenn sie mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten gründlich abzurechnen verstehen.“

Er zeigt uns Lenin die Marschroute:

Der Weg zur nationalen Befreiung

geht nur über den Weg der Machtergreifung durch das Proletariat, im Bunde mit den werktätigen Schichten, er geht nur über den Weg der sozialen Befreiung. —

Der Kommunismus ist in Deutschland, dieser „Massenden Wunde Europas“, bereits zu einem Machtfaktor von unerhörter realer Kraft geworden. — Jeder Tag beweist erneut die Unfähigkeit und das Unvermögen der Bourgeoisie, die Krisenlawine zu bannen und die wuchernden Interessen seiner einzelnen Gruppen zu vereinigen. — Um so größer wächst die Verantwortung der kommunistischen Partei und eines jeden ihrer Mitglieder!

Im brüderlichen Kampfbandnis mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, in enger Verbundenheit mit allen deutschen Werktätigen, in solidarischer Kampfverbundenheit mit den Proletariern Frankreichs, Polens, Belgiens und Italiens, — über die Trümmer und Felsen des Versailler Räuberbildnisses hinweg — vorwärts zur sozialen und nationalen Befreiung der deutschen Werktätigen! Vorwärts auf dem Wege zur Arbeiter- und Bauernrepublik!

Handelschüler beschließen Protestaktion gegen faschistischen Mörder

Breslau, 11. Januar. Von einem Schüler der Handelschule in der Vorwerkstraße wird uns folgendes mitgeteilt:

Die Tatsache, daß sich der Mörder des Jungarbeiters G a n i s c h unter den Schülern der hiesigen Handelschule befindet, hat unter den Schülern, welche diese bestialische Tat auf das schärfste verabscheuen, einen starken Protestwillen ausgelöst. Dieser Protestwille hat sich bereits soweit gesteigert, daß die Schüler beschließen haben, falls dieser Arbeitermörder wieder in der Handelschule erscheint, aus Protest die sofortige Entlassung desselben aus den Reihen der Handelschüler

zu fordern, und dieser Forderung mit den zu Gebote stehenden Mitteln Nachdruck zu verleihen.

Dieser Protestwille der Handelschüler ist ein deutlicher Beweis dafür, wie die Erbitterung in den Reihen der werktätigen Bevölkerung gegen diesen folgenschweren Mordüberfall vorhanden ist, muß aber auch für die überaus Arbeiterkraft und die werktätigen Massen ein Anlaß sein, die Protestaktion gegen den faschistischen Terror um ein weiteres zu steigern.

Für die Durchführung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages

UB. Bunzlau stößt an der Betriebs- und Gewerkschaftsfront vor

Eine Betriebszelle, die Ende November im UB. Bunzlau gegründet wurde, hat im Dezember 7 Versammlungen durchgeführt und sich in diesen Sitzungen mit der Durchführung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages beschäftigt. Das Resultat der systematischen Arbeit ist, daß im Dezember 3 Betriebsarbeiter durch die Zelle in die Partei aufgenommen werden konnten, so daß die Zelle von 4 auf 7 Genossen gestiegen ist. Die Vorbereitung der Ortsverwaltungswahlen wurde ebenfalls in der Betriebszellenitzung besprochen und vom Betrieb aus Stubenverfammlungen des Fabrikarbeiterverbandes organisiert. Das Resultat ist, für die im Januar stattfindenden Ortsverwaltungswahlen die Aufstellung einer oppositionellen Liste in den Stubenverfammlungen.

mit dem Resultat, daß im Dezember 4 Betriebsarbeiterinnen in die Partei aufgenommen wurden und die Zelle jetzt aus 7 Genossen besteht. Auch hier haben die Genossen vom Betrieb aus mit Unterstützung der Ortsgruppe gleichzeitig die Vorbereitung der Ortsverwaltungswahlen gestellt in der richtigen Erkenntnis, daß ein Vorstoß und organisatorisches Verankern im Betrieb nur von Erfolg sein kann, wenn zu gleicher Zeit ernsthaft um unseren Einfluß in den Gewerkschaften gerungen wird. Durch systematische Arbeit in allen Verbänden ist es gelungen, den UGB-Ortsauschuß, der bisher in den Händen der Reformisten war, jetzt in der Mehrheit mit revolutionären Gewerkschaftskollegen zu besetzen. Von 14 Mitgliedern des UGB-Ortsauschusses sind 8 Oppositionelle.

In der Nachbarschaftsgruppe Wiefau im UB. Bunzlau wurde ebenfalls Ende November eine neue Betriebszelle aus 3 Genossen geschaffen. In diesem Betrieb wurde ebenfalls durch diese 3 Genossen eine systematische Bearbeitung der Betriebsarbeiter vorgenommen

In der Ortsgruppe Greiffenberg des UB. Bunzlau ist schon durch systematische Stubenverfammlungen der Betriebsarbeiter eine Einheitsliste zur Betriebsrätemwahl für den wichtigsten Betrieb von Greiffenberg aufgestellt worden.

Sie finden

jetzt in jeder 6 Stück-Packung CLUB zu 20 Pfg. ein Bromsilberbild: ZEPPELIN WELTFAHRTEN. Die 265 Bilder der Serie liegen den Packungen gleichmäßig sortiert bei; Sammel-Listen sind beim Händler erhältlich.

Jede 3 Stück-Packung CLUB zu 10 Pfg. enthält einen Zeppelin-Gutschein. Für 40 Zeppelin-Gutscheine erhalten Sie 24 verschiedene Bilder, so daß Sie die Sammlung sehr rasch vervollständigen können.

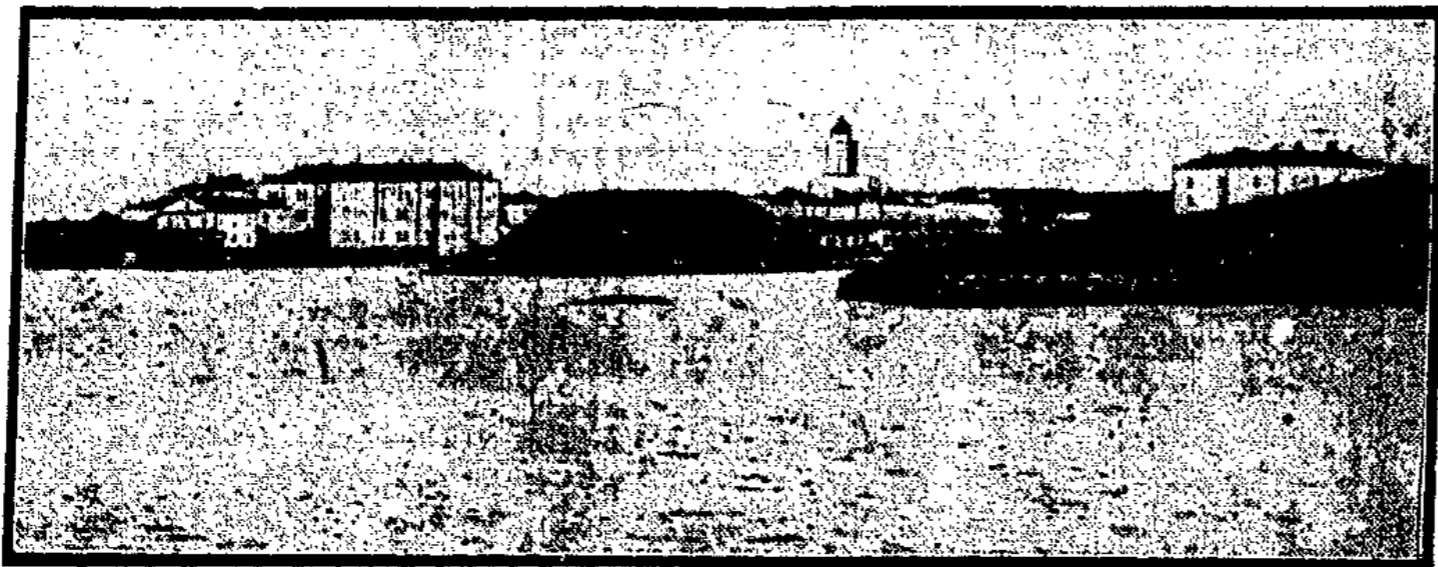
Die 12 Stück-Gesellschafts-Packung CLUB zu 40 Pfg. enthält zwei Bilder und einen Gutschein. Gutscheine werden auch gegen reich ausgestattete Sammel-Alben oder Spezial-Betrachtungs-Apparate eingelöst.

Tausch-Zentrale: Club-Bilderdienst Breslau, Reußenhölz, Ecke Nikolaistraße

Finnische Inselfestung in die Luft geflogen

Riesenmengen von Munition explodiert — Sieben Kasernen mit Festungsbauten niedergebrannt Schneesturm verhinderte Rettungsversuche — Wahrscheinlich viele Todesopfer

Helsingfors: Etwa 30 Kilometer von Helsingfors entfernt, hat sich mit ohrenbetäubendem Donner, mit riesigen Feuergeräben und Rauchsäulen auf dem am weitesten leewärts gelegenen Teil der Swaborg-Inselgruppe eine gigantische Explosion ereignet. Eine der stärksten und größten künstlichen Seebefestigungen, die Inselfestung Mac Elliot, ist mit ungeheurer Getöse in die Luft geflogen!



Der Riesenexplosion war ein plötzlich ausgebrochenes Großfeuer vorangegangen, das auf die Munitionslager übergriff. Da diese Inselfestung der antibolschewistischen finnischen Militärs von ganz besonderer Bedeutung bei einem eventuellen Krieg mit der Sowjetunion ist, hat man hier naturgemäß geradezu unglaubliche Mengen von Munition und Waffen aufgestapelt. Die Explosionen und Feuer-

blutig hingemordet wurden, bewahren die finnischen Behörden vorerhand noch ziemlich Schweigen. Zerfetzte Leichen, Schwerverwundete, Verkümmelte, Verbrannte, vor Entsetzen Schreiende, sind ja auch gewiß kein brauchbares Werbemittel für die wachsende Kriegsheke.

Mac Elliots lächerlich explodierende Munitions- und Waffenlager haben erneut mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß in den kapitalistischen Ländern überall zu Tausenden und Zehntausenden solche Kriegsvulkane lauern...

SPD.-Brolat meineidig

Die Nachwehen des Sklarek-Skandals

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht in Berlin hat die Voruntersuchung in der Meineids-Affäre des vor zwei Wochen verhafteten SPD.-Direktors Erik Brolat abgeschlossen. Von der Staatsanwaltschaft ist die ordentliche Anklage wegen Meineides erhoben worden.

Die strafbare Handlung wird darin erblickt, daß Brolat am 30. Oktober 1929 zu Protokoll des in der Sklarek-Affäre eingesetzten staatlichen Untersuchungskommissars, Oberregierungsrat Tapofft, unter Eid bekundet hat, er habe seit dem Dezember 1928 seine Anzüge unmittelbar bei der Firma Keller & Furch gekauft und auch bezahlt, er habe außerdem die Direktoren der Stadtbank nur vom dienstlichen Verkehr her, und auch da nur flüchtig gekannt, und habe schließlich von den Brüdern Sklarek weder Geschenke erhalten oder ihnen gemacht.

Millionärs-Selbstmord in Paris

und Börsenmakler-Selbstmord in Berlin

Eines der bekanntesten Mitglieder der Pariser Südamerikanischen Kolonien, der 29jährige Robert Ehrmann, ein Großneffe des ersten Präsidenten der Republik Panama, hat unter rätselhaften Umständen Selbstmord verübt. Robert Ehrmann war mit der Tochter des argentinischen Milliardärs Arias verheiratet. Ehrmann brachte sich eine lebensgefährliche Schußverletzung in der Herzgegend bei, der er nach kaum einer Stunde erlag.

In Charlottenburg wurden der 65jährige Kaufmann und Börsenmakler Ludwig Krone und seine Schwester Rudolfinne Schmidt, durch Gas vergiftet, tot aufgefunden.

Kleine Meldungen

Eine Greisin ermordet

Leipzig. Hier wurde in der Scheffelstraße die 78 Jahre alte Witwe des Lehrers Jaulich in ihrem Bett ermordet aufgefunden. Der Gesamtbefund deutet darauf hin, daß Raubmord vorliegt. Von dem oder den Tätern fehlt noch jede Spur.

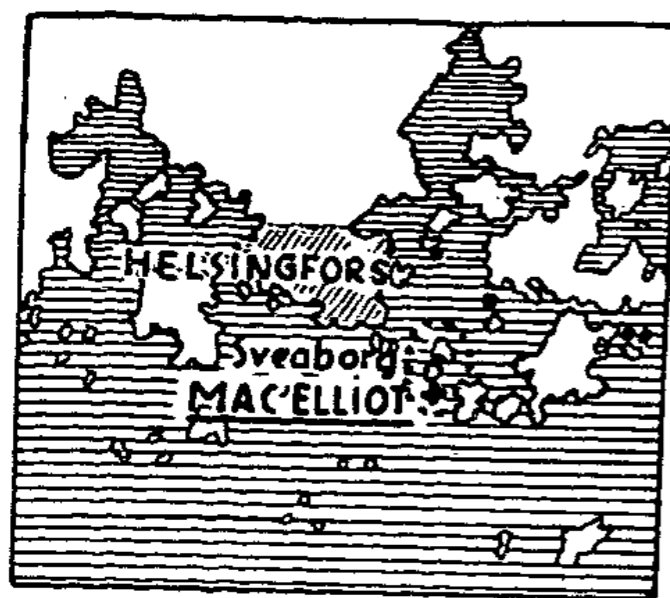
Falschmünzer verhaftet

Nordhausen. Die Polizei nahm einen früheren Studenten und eine geschiedene Ehefrau aus Nordhausen fest, die in verschiedenen Nordhäuser Geschäften falsche 50-Pfennig-Stücke im Umlauf gesetzt hatten. Bei den Festgenommenen wurden noch 76 Falschstücke aufgefunden.

Wieder 12 Leichen aus der „Atlantique“

Aus dem Dampfer „Atlantique“ wurden im Laufe des Montag wieder 12 Leichen geborgen, so daß nunmehr insgesamt 14 Opfer gefunden wurden. 10 von ihnen können nicht mehr erkannt werden. Das Feuer auf dem Dampfer ist endgültig gelöscht.

An Bord eines portugiesischen Fischdampfers explodierte auf der Höhe von Kap Espichel ein Kessel. Von der 60 Mann starken Besatzung wurde einer getötet und 13 wurden verletzt.



Das Kreuz bezeichnet die Lage der Festungsanlagen

gaben waren so mächtig, daß man sie bis weit aufs Festland fortwährend sehen und hören konnte.

Das Feuer, das zu der Explosion führte und über dessen Herd nur vage Vermutungen vorliegen, war in der Nacht zum Dienstag ausgebrochen. Infolge eines schweren Schneesturms, der gerade zu dieser Zeit tobte, war bisher jede Annäherung der Lösch- und Rettungsschiffe unmöglich. Auch die Telephonverbindungen vom Festland zur Festung sind durch die Explosionen zerstört.

Die Inselfestung Mac Elliot, deren geographische Lage unser Bild zeigt, war ursprünglich schwedisch und ist von den finnischen Militärs nach der Zerstörung der Festungsanlagen im Jahre 1918 mit ungeheuren Summen wieder errichtet worden. Mac Elliot war eine der modernsten Festungen, die es überhaupt gibt. Ihre besondere Bedeutung erlangte sie noch dadurch, daß sie der Landeshaubitzenart vorgelagert ist.

Nach bisher vorliegenden Meldungen weiß man, daß auf der Inselfestung sieben Kasernen und fast alle übrigen Festungsbauten völlig zerstört sind. Daß dabei die allerwertvollsten Verluste an Menschenleben wahrscheinlich sind, ist klar. Denn die Kasernen waren voll besetzt mit Militär aller Waffengattungen.

Wohl gerade wegen dieser fürchterlichen Opfer, die hier inmitten fieberhafter Kriegsrüstungen der finnischen Bourgeoisie

Uns Korruption erichaffen!

Berlin. Ein tragischer Vorfall spielte sich in Fredersdorf ab. Dort erlösch ein 22jähriger Nachwachbeamter Otto Feise aus Versehen seinen 28 Jahre alten Kollegen Karl Stödel aus der Vogelfstraße in Fredersdorf.

Nach dem Ueberfall auf die Stationskasse Müldersdorf, der sich vorgestern ereignete, befand sich Stödel auf einem Rundgang, auf dem er auf zwei verdächtige Männer stieß. Diese schossen auf Stödel als dieser die Fremden anzeigte. Der Wächter erwiderte das Feuer, hatte jedoch beim fünften Schuß eine Ladehemmung. Als er heute seinem Kollegen Feise die Waffe zeigte, wollte dieser sie reparieren.

Dabei ging der Schuß los, und das Geschloß bang Stödel in den Kopf, so daß der Getroffene, der jung verheiratet ist und ein sechs Monate altes Kind besitzt, sofort tot zusammenbrach.

Wieder ein Dampfer gestrandet

Auf dem Vornriff bei der Insel Ameland ist in der Nacht zum Montag der finnische 2000 Tonnen große Holzdamper „Alexo“ aus Viborg gestrandet. Im Laufe des Montag wurden zehn Mann der Besatzung sowie drei an Bord befindliche Frauen von einem Rettungsboot aufgenommen. Man fürchtet, daß das Schiff verloren ist.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Butarest

Etwa 15 Tote — 30 Verletzte — Weitere Reisende noch unter Trümmern im Schnee begraben

Am Dienstagmorgen kam es zu einem katastrophalen Zusammenstoß kurz vor dem Butarester Hauptbahnhof. Der aus Temesvar kommende Schnellzug fuhr in den aus Temesvar kommenden Personenzug in voller Fahrt von hinten auf.

Der Personenzug war an den Eisenbahnwerkstätten des Bahnhofes infolge starker Schneeverwehungen festengeblieben. Infolgedessen wurde ein Teil der Wagen abgetoppelt und von der Maschine in den Hauptbahnhof geschleppt. Wenige Augenblicke später fuhr der ebenfalls aus Temesvar einlaufende Schnellzug mit voller Wucht auf die festengebliebenen Wagen des Personenzuges auf. Die Wagen wurden zum Teil zertrümmert. Die letzten fünf Waggons waren völlig ineinandergeschachtelt.

Der Eisenbahnzusammenstoß war nach einer weiteren Meldung so heftig, daß eine Anzahl von Reisenden durch die geschlossenen

Fenster des Personenzuges geschleudert wurden. Die Anzahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest, weil die Rettungsarbeiten noch im vollen Gange sind; man nimmt an, daß wenigstens zehn bis fünfzehn Passagiere getötet worden sind. Zur Zeit liegen noch eine Reihe von Verletzten unter den Trümmern, zum Teil tief im Schnee. Etwa 20 sind schon geborgen.

In Butarest herrscht über die neue Eisenbahnkatastrophe, die Rumänien betroffen hat, ungeheure Erregung.

Die Aufräumarbeiten sind noch in vollem Gange, und es spielten sich fürchterliche Szenen ab, namentlich, als die Leiche einer Frau geborgen wurde, die ihr totes Kind noch in den Armen hielt.

Sollte es nicht gelingen, alle unter den Trümmern begrabenen Verletzten bald zu bergen, so ist die Gefahr groß, daß sie einfrieren.

Von Nazi-Prinzen ausgebeutet, jetzt auf die Straße

51 Jahre im Dienst der Hohenzollern — Die späte Erkenntnis des 72jährigen Dieners

Potsdam. Eine Verhandlung auf dem hiesigen Amtsgericht hat erneut einen Blick in die ausbeuterische, skrupellose Handlungsweise jener hohenzollernischen Prinzenclique gewährt, deren Existenz die Republik für sich sicherte und die sich längst in trautem Einflang mit den Naziführern befinden. Der 72jährige Hofstaatsbeamte Albert Huth aus Klein-Glienide klagte gegen die Hausgutsverwaltung der Prinz Friedrich Leopoldischen Erben.

Der heute schon schwächliche Greis, noch vom Prinzen Friedrich Karl als Aufseher der Schloßgärten in Klein-Glienide angestellt, hat 51 Jahre im Dienst der Hohenzollern gestanden. 51 Jahre hat er den Rücken krümmen müssen vor seinen näselnden Vorgesetzten, hat Tag und Nacht darüber wachen müssen, daß niemand vom „Balk“ etwa die prinzipalen Gärten betritt. Und jetzt, nachdem sie ihn ein halbes Jahrhundert lang ausgebeutet haben, werfen ihn die Herren von Hohenzollern auf die Straße.

Seit fünf Monaten hat der alte Diener schon kein Gehalt mehr bekommen. Im Gegenteil, Prinz Friedrich Leopolds Sohn

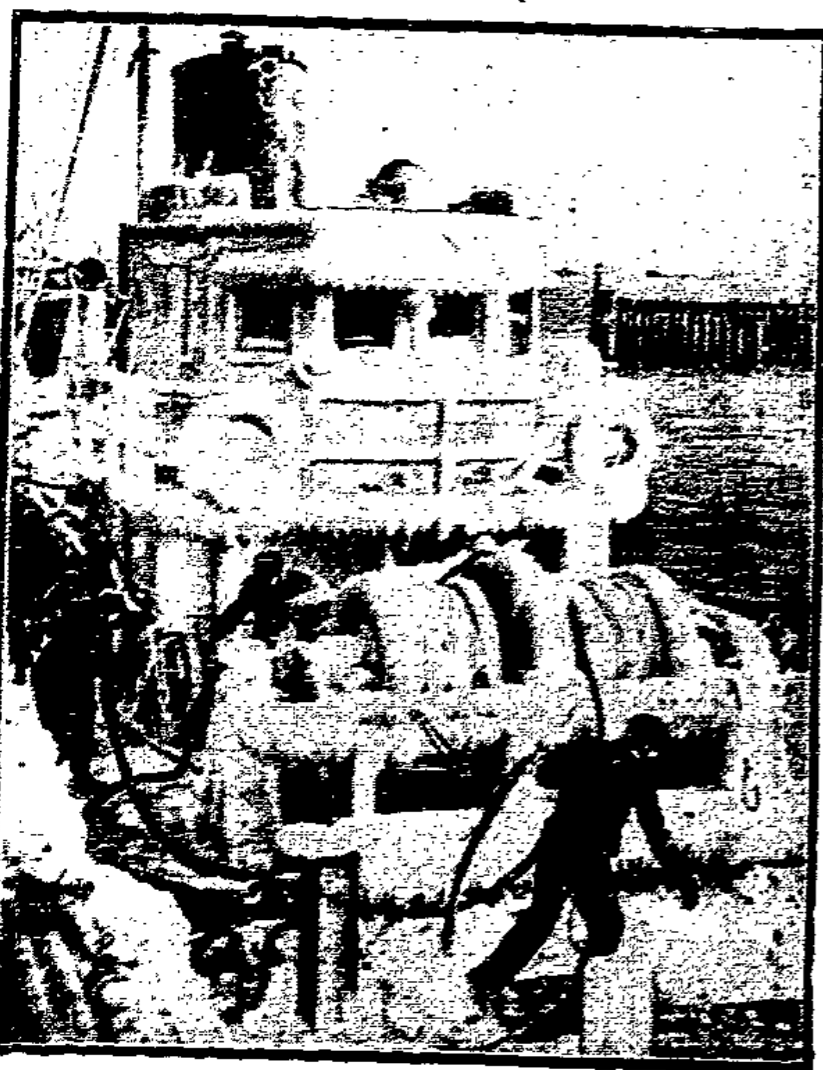
hat dem 72jährigen Huth und dessen Frau die Wohnung im Schloßpark, die aus zwei Zimmern und Küche besteht, gekündigt. Der verschwenderrische Prinz, dem es in der Weimarer Republik nicht eben ergoht wie einem Wohlfahrtsempfänger, braucht angeblich die Wohnung jetzt für einen jungen Angestellten, der die Person des Prinzen selbst überwachen soll.

Der 72jährige Huth machte vor Gericht geltend, daß er nicht eher die Wohnung verlassen werde, bevor ihm nicht sein rückständiges Gehalt ausgezahlt, bzw. seine Pensionierung geregelt sei. Keinen Pfennig hat dieser von Naziprinzen ausgebeutete Diener in diesen Jahren zurücklegen können.

„Das ist ja ein Skandal“, ruft in später Erkenntnis der Greis aus. „51 Jahre hat man gearbeitet, und jetzt will man mich auf die Straße werfen!“

Das Gericht hat noch nicht entschieden. ... e.

Fischdampfer in Eis



Nach der Heimkehr vom Fang in den Häfen von Boston; wie man sieht, ist das Schiff durch die Kälte nach schwerer Fahrt völlig vereist

Bunblau und Umgebung

Breslau, 11. Januar 1933.

Gegen „Volkswacht“-Lügen

Breslau, 11. Januar. Die gestrige „Volkswacht“ glaubt anscheinlich des Wachstums der Antifaschistischen Aktion gegen den braunen Mordterror, gegen die KPD. und die „Arbeiter-Zeitung“ mit Lügen zu operieren. Die „Volkswacht“ behauptet ganz frech, daß der in unserer Zeitung erschienene Aufruf (Ausgabe vom 7./8. Januar) der Eltern des ermordeten SAJ-Genossen Hanisch von ihnen nicht stamme. Wir als kommunistische Zeitung haben es nicht notwendig, mit gefälschten Aufrufen und Lügen zu operieren, wie es bei der „Volkswacht“ gang und gäbe ist. Warum greift überhaupt die „Volkswacht“ zu einer solchen Lüge. Wenn sie für einen ernsthaften Kampf gegen die faschistischen Mordbanden eintreten würde, würde sie den Aufruf der schwer getroffenen Eltern zur Bildung der Einheitsfront gegen die faschistischen Mordbesten nur begrüßen. Und daß die „Volkswacht“ und die SPD.-Bürokratie die größten Feinde der kämpfenden Einheitsfront sind, beweist erneut die Haltung der „Volkswacht“ zu dem gemeinsamen Aufmarsch zur Beerdigung des Genossen Hanisch. Die „Volkswacht“ schreibt hierzu:

„Der kommunistischen Aufforderung ist keinerlei Bedeutung beigemessen. Die Organisation der „Eisernen Front“ lehnt es ab, mit den Arbeiterzerpflitterten gemeinsame Sache zu machen.“

Daß die Kommunisten keine Arbeiterzerpflitterer sind, davon zeugen die anlässlich des neuen Faschistenmordes stattgefundenen Massendemonstrationen, wo sehr viele SPD.- und SAJ-Genossen mit uns marschiert sind. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Heße der „Volkswacht“ damit beantworten, daß sie heute dem Rufe der KPD. des KJVD. und der übrigen proletarischen Massenorganisationen zum gemeinsamen Aufmarsch aller Antifaschisten Breslaus folgen.

Kampf gegen die Totengräber des Konsumvereins

Ströbel. Schon des öfteren hat die „Arbeiter-Zeitung“ über die Mißstände im hiesigen Konsumverein berichtet. Eine ganze Reihe von Mitgliedern hat bereits durch Unterschriften bekundet, daß sie sofort eine außerordentliche Generalversammlung fordern, in welcher sie zu diesem skandalösen Verhalten der Kubi und Co. Stellung nehmen will. Daß sich diese Zustände, für welche der aus sozialdemokratischer Mehrheit zusammengesetzte Vorstand die Verantwortung trägt, immer mehr und mehr verschlimmern, das wollen wir durch einige Tatsachen noch erweitern. Die Zeitungen und Rundschreiben an die Mitglieder werden nicht mehr von den Funktionären, sondern durch Kinder vertrieben, so daß es schon dadurch dazu gekommen ist, daß ein Teil der Mitglieder überhaupt keine Zeitung und Rundschreiben bekommt. Auch die ungeheure Verhöhnung der Mitglieder mit dem „Weihnachtsgeschenk“ in Form von drei Heringen hat unter den Mitgliedern zu einer starken Erregung geführt. Daß sich die Auswirkungen dieser verbrecherischen Politik bereits bemerkbar machen, geht am deutlichsten daraus hervor, daß infolge der ungeheuren Verärgerung bereits ein Teil der Mitglieder ihre Einkäufe in anderen Geschäften deckt, was natürlich durch alles schöne Betteln der Leitung nicht abgehofft werden wird.

Dieses Mißtrauen ist nicht nur unter den Mitgliedern vorhanden, denn selbst Frauen von Verwaltungsmittgliedern gehen dazu über, ihre Einkäufe nicht mehr im Konsumverein zu decken.

Diese verräterische Totengräberpolitik auch des hiesigen Konsumvereinsvorstandes reicht sich ein in die vielen Verrätereien, welche in

Kampfaufmarsch in Brieg

Gegen Hungerdiktatur und Mordfaschismus — Für eine Arbeiter- und Bauern-Republik

Brieg. Am Sonnabend, dem 7. Januar marschierten die klassenbewußten Arbeiter von Brieg auf, um für ihre Winterhilfsforderungen und gegen den Blutterror der Nazibanden zu demonstrieren. Im Demonstrationszuge, in welchem SAJ- und Reichsbanner-Proleten Schulter an Schulter mit den Kommunisten und den parteilosen Arbeitern marschierten, herrschte eine große Kampfbegeisterung. Vom Sammelplatz ging es durch einige Straßen nach dem Ring, wo die Landtagsabgeordnete Genossin Frieda Franz zu den Massen sprach. In scharfen Worten geißelte die Referentin die Politik der Schleicher-Regierung, welche unter anderem durch die Margarineverordnung auch den Armen noch diesen letzten Brotauftritt verteuert. Als zweiter Redner sprach Stadtverordneter Genosse Fiegel, welcher die bestialischen Mordtaten der Nazimordgarden in den letzten Tagen aufzeigte.

Beide Referenten richteten an die Versammelten den dringenden Appell, sich in der roten Einheitsfront noch fester zusammenzuschließen, im Kampf gegen Hunger und Frost, und gegen den faschistischen Terror. Alsdann bewegte sich der Demonstrationszug weiter bis zum „Wintergarten“.

Haase-Brauerei maßregelt roten Betriebsrat und entläßt acht Arbeiter

Breslau. Mit welchen Methoden die Direktion der Haase-Brauerei gegen die Arbeiter vorgeht, davon zeugt folgender Vorfall: **Trotzdem genügend Arbeit vorhanden ist, sind plötzlich acht Arbeiter, darunter eine Arbeiterin und ein roter Betriebsrat entlassen worden.**

Während erst vor kurzem zwei Angestellte eingestellt, und ein Angestellter fest angestellt wurde, werden auf der anderen Seite Arbeiter entlassen. Dieses Vorgehen der Haase-Brauerei-Direktion, zeigt allzu offensichtlich die Reinigungsmethoden des Betriebes von unliebsamen Elementen. Denn die Tatsache, daß in diesem Betrieb immerhin noch 300 Arbeiter beschäftigt sind, und der Kollege vom roten Betriebsrat erst eine Arbeit angefangen hatte, die noch längst nicht beendigt war, läßt dieses deutlich erkennen.

Die gesamte Belegschaft der Haase-Brauerei muß gegen diese Entlassungsmethoden energisch Front machen, sie darf nicht zulassen, daß Entlassungen stattfinden, wo genügend Arbeit vorhanden ist, und durch diese Maßnahmen erneut das Heer der Erwerbslosen vergrößert wird.

Daß die Entlassung des roten Betriebsrates nichts anderes ist, als eine Maßnahme der Direktion, um die Belegschaft ihrer revolutionären Führung zu berauben, das geht am deutlichsten noch daraus hervor, daß die Direktion bei dieser Belegschaftshäufung kein Recht hat, den Kollegen zu entlassen. Die Belegschaft muß deshalb sofort auf den Plan treten, und muß von jetzt an das Gesamtbetriebsrates verlangen, daß sofort eine Belegschaftsversammlung einberufen wird, wo zu diesen Entlassungsmethoden Stellung genommen und die Wiedereinstellung der Entlassenen gefordert wird.

Nur durch geschlossenes Auftreten gegen diese faschistischen Maßnahmen der Direktion, kann die Belegschaft beweisen, daß sie gegen diese Maßnahmen gewillt ist, den Kampf zu führen, und daß sie sich um so fester um die roten Betriebsräte scharen wird. Schon jetzt muß die Belegschaft rufen zu den nächsten Betriebsrätewahlen, denn gerade durch diese Vorgehen der Direktion können die Arbeiter am besten sehen, daß die roten Betriebsräte den Unternehmern ein Dorn im Auge sind. Deshalb Kollegen und Kolleginnen der Haase-Brauerei, seht euch zur Wehr gegen diese Angriffe.

Der Mörder des Jungarbeiters Hanisch verurteilt?

Breslau. Die Tatsache, daß schon nach wenigen Stunden die faschistischen Mordgesellen, welche diese bestialische Mordtat an dem Jungarbeiter Hanisch verübten, wieder freigelassen wurden, zeigt recht deutlich, wie diese Mördergarden von der Breslauer Polizei und Justiz behandelt werden. Nicht vereinzelt steht dieser Fall da, sondern wie überall, wird auch durch dieses Vorgehen, diesen Leuten die Möglichkeit gegeben, falls auf Grund des Protestes der Werktätigen eine erneute Verhaftung nicht zu umgehen ist, daß diesen Mördern während dieser Zeit die Möglichkeit gegeben wird, zu flüchten, und sich dadurch allen weiteren Dingen zu entziehen.

Daß dieses auch hier der Fall ist, davon zeugt folgende Tatsache:

Von einem Schüler der Handelschule in der Vorwerkstraße, welche auch der faschistische Mörder besuchte, wird uns mitgeteilt, daß

Krawczyk nicht mehr zu den Unterrichtsstunden erscheint, und unter den Schülern die Nachricht verbreitet wird, daß er verurteilt sei.

Also auch hier sehen wir, obwohl wir dieses noch nicht hundertprozentig behaupten können, daß sich dieser faschistische Mordbube aus dem Staube gemacht hat und somit auch die Breslauer Arbeiterfront einen erneuten Beweis bekommt, wie die Behandlung dieser Gesellen durch die zuständigen Instanzen aussieht.

Während antifaschistische Arbeiter, wie Bartl und Seidel, im Gefängnis und Zuchthaus schmachten, wird dem faschistischen Mordbuben die Möglichkeit gegeben, sich durch Flucht einem weiteren Zugriff zu entziehen. Ueber die faschistischen Korbzeiten dieses Mörderburschen, teilt uns dieser Schüler ebenfalls mit, daß bei allen faschistischen Mordtaten, welche sich in der Handelschule abspielten, dieser Mordbube immer als Räbelsführer hervortrat.

lehter Zeit im ganzen Reich an den Konsumgenossenschaften begangen wurden.

Wir werfen hier deshalb erneut die Frage auf und richten uns an die Mitglieder der Konsumgenossenschaft, indem wir an sie appellieren, daß sie nicht dazu übergehen, in ihrer Verärgerung den Konsumgenossenschaften den Rücken zu kehren, sondern daß sie mit der Opposition in den Genossenschaften den Kampf gegen den Totengräbertum in den Genossenschaften führen und den Kampf aufnehmen zur Beseitigung dieser Vorkampfbühnen.

Noch fester als bisher müssen die Mitglieder des Ströbelner Konsumvereins zusammenstehen und mit aller Entschiedenheit die Einberufung der Generalmitgliederversammlung verlangen.

In geschlossener Front müssen die Mitglieder diese Versammlung erzwingen.

Zu dieser Versammlung muß die Mitgliedschaft diesem Vorstand ihr schärfstes Mißtrauen aussprechen und Maßnahmen beschließen, die dazu angetan sind, die Leitung der Genossenschaft in die Hände von solchen Funktionären zu legen, die ernsthaft gewillt sind, die Interessen ihrer Mitgliedschaft zu vertreten.

Protest gegen die Kreiszusammenlegung

Steinbock, Kreis Ohlau. Da die Kreiszusammenlegung der beiden Landkreise Brieg und Ohlau sich in verstärkter Weise gegen die werttätige Bevölkerung auswirkt, ist unter den werttätigen Schichten eine ungeheure Erbitterung gegen diese faschistischen Verwaltungsmethoden vorhanden. Besonders sind es die Erwerbslosen, welche durch die Zusammenlegung und durch die Verlegung des Kreisitzes nach Brieg in ihrer Unterstützung im Kreise Ohlau ungeheuer bedrückt werden, weil die Unterstützungssätze im Kreise Brieg niedriger sind als in dem ehemaligen Kreise Ohlau.

Daß dieses aber die Nazi weniger interessiert, sondern daß dieselben dafür eintreten, daß die Erwerbslosen weniger Unterstützung erhalten, das zeigt das Vorgehen der Nazi, welche sich bei der Regierung für die Verlegung des Kreisitzes nach Brieg einsetzten.

Auch die übrigen Parteien versuchen einen Scheinkampf gegen die Kreiszusammenlegung zu führen, aber nur in der Form, daß sie diesen Kampf lediglich um die Verlegung des Kreisitzes nach Ohlau führen.

Die KPD., welche schon bei der Aufteilung der Landkreise die werttätige Bevölkerung mobilisierte gegen diesen faschistischen Verwaltungstreich, hat auch in diesem Falle den Werttätigen gezeigt, daß sie im Kampf gegen alle Verschlechterungen an den werttätigen Massen an der Seite der Geschädigten steht. In einer Versammlung, welche dieser Tage in Steinbock stattfand und die sehr gut besucht war, wurde zu diesen Fragen Stellung genommen und in einer Resolution gefordert, daß die alten Zustände wieder hergestellt werden, d. h. daß die Kreise Brieg und Ohlau wieder selbständige Kreise werden.

Nur im breitesten außerparlamentarischen Massenkampf werden die werttätigen erzwingen können, daß diese Zustände wieder beseitigt werden durch die Aufhebung dieser Verwaltungsverordnung, welche sich nur gegen die werttätigen Massen auswirkt.

In allen Orten, in allen Gemeinden, müssen die Werttätigen zusammentreten und durch eine breite Massenbewegung die Wiederherstellung der alten Kreisverhältnisse fordern.

Strazenzelle Pöpelwitz II wirbt an einem Tage neun neue Mitglieder für die Partei

Die Strazenzelle Pöpelwitz II führte am 6. Januar in Klein-Gandau eine Mitgliederversammlung mit Sympathisierenden durch. In dieser Versammlung erklärten neun Arbeiter ihren Eintritt in die KPD.

Unter diesen neu Eingetretenen befindet sich ein ehemaliger SPD.-Arbeiter, der seit 1895 in der SPD. und seit 1912 gewerkschaftlich organisiert ist. Ein weiterer Genosse ist seit 1916 freigewerkschaftlich organisiert.

Dieses Beispiel der Pöpelwitzer Genossen zeigt, daß es bei einer intensiven Verbearbeitung möglich ist, Kämpfer zu gewinnen und neue Stützpunkte zu schaffen. Nach der Eintritt von zwei langjährigen Gewerkschaftsmittgliedern zeigt, daß die Gewerkschaftslogen erkennen, daß es gegen den Schleicher-Kurs Front zu machen gilt, was nur durch die Stärkung der Opposition in den freien Gewerkschaften möglich ist.

Welche Zelle und Ortsgruppe meldet neue Erfolge?

Verantwortlich für den politischen Teil, Brobing und Lokales: Walter Suha; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callan, Breslau. — Verlag und Druck: Geschichtliche Verlagsgesellschaft m. b. S., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg am 15. Jan. 1919 erschlagen!

In ihrem Geiste kämpfen wir Kommunisten und Jungkommunisten, die Vorhut der revolutionären Arbeiterjugend, und mit uns Millionen Arbeiter und die gesamte proletarische Jugend

für die Rettung vor Hunger und Frost, gegen jeden Pfennig Lohnraub, Gegen Faschisierung u. Militarisierung, für die Arbeiter- u. Bauernrepublik!

Heraus zur Massenkundgebung der KPD. und des KJVD. Sonntag, den 15. Januar 1933, vorm. 11 Uhr in der „Weltbühne“, Friedrich-Wilhelmstraße / Genosse August Sandtner, MdL., spricht / Proletarische Künstler rezitieren

Es läuft der russische Revolutions-Großfilm „Feuerttransport“

Sichere dir sofort Deine Eintrittskarte! Eintrittspreis 30 Pfennig. Erhältlich bei allen Funktionären der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugend-Verbandes und im Büro, Königstraße

Wandeleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuddaschen

Allerfeinste Norw. Fett-Büchlinge
Pfund nur 25 Pfg.
Salz-Schotten 10 Stück 38 Pfg.
„Hartuna“ Liegnitz
Goldberg — Nagnau

Bannerträger der internationalen Solidarität

Die französischen Kommunisten an das deutsche Proletariat zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung

Vor zehn Jahren stießen die Truppen des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet ein, um mit bewaffneter Gewalt die Zahlung der dem deutschen Volke durch den hassenwerdigen Versailler Vertrag auferlegten Tribute zu erzwingen.

Während die sozialistische Partei Frankreichs, die sich seither offen für den Versailler Vertrag aussprach, der Regierung Poincaré damals freie Hand ließ, rief die kommunistische Partei Frankreichs die Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen die Ruhrbesetzung auf.

Angesichts der Angeficht mit der französischen Bourgeoisie, die sich bemühte, die Arbeiterschaft unseres Landes vor den Siegeswagen zu spannen, und sie zu einer Stille ihrer Reparationspolitik und zum Instrument des schlimmsten Chauvinismus zu machen, erhob die kommunistische Partei Frankreichs hoch das Banner des proletarischen Internationalismus.

Vom Norden bis zum Süden, vom Westen bis zum Osten Frankreichs erklangen die Kampfparolen der kommunistischen Partei. Überall im Lande fanden Versammlungen und Massenkundgebungen statt, an denen deutsche Kommunisten teilnahmen. Die von der Regierung aufgebotenen Reservisten entfalteten eine ruhmreiche Tätigkeit; die Soldaten der Besatzungstruppen, die sahen, wie die brutale Unterdrückung auf der Ruhrarbeitern lastete, und Zeugen davon waren, mit welcher Sorge der französische Generalstab Krupp von Bohlen und die anderen Industriebarone umgab, legten

glänzende Zeugnisse der internationalen Solidarität

mit ihren Arbeitsbrüdern von der Ruhr ab. Die Klassenpolitik der gegen die französische Bourgeoisie vorgehenden KP Frankreichs zeigte dem deutschen Volke eindringlich, daß die französischen Arbeiter keineswegs Komplizen der Unterdrückung sind, die der französische Imperialismus sie dulden läßt.

Die mutige Tätigkeit der KP Frankreichs und der kommunistischen Jugend hat die Regierung Poincaré beträchtlich gestört, die dafür den Apparat ihrer Klassenjustiz in Bewegung setzte. Die Führer der Partei, Genosse Marcel Cachin an ihrer Spitze, wurden mit Hilfe der in Hamburg gefälschten Dokumente angeklagt, Verschwörungen angezettelt zu haben, was beweist, zu welchen Schuftigkeiten die Bourgeoisie fähig ist. Die Funktionäre wurden wegen ihrer antimilitaristischen Tätigkeit von den Kriegengerichten verurteilt, während der Renegat Trotski, der seither zu einem Glanzstück der Sozialdemokratie wurde, feige die Reihen der KP verließ und zum Feinde überging.

Allein die kommunistische Partei stand und steht immer gegen den Versailler Vertrag. Ihre energische Stellung gegen die Ruhrbesetzung von damals wird durch ihren täglichen Kampf gegen die Vertägl, die den imperialistischen Weltkrieg beschlossen, fortgesetzt. Die Ereignisse von vor zehn Jahren zeigen anschaulich, welchen unermüdbaren Kampf die französischen Kommunisten gegen ihren eigenen Imperialismus führen, der durch seine Politik der äußersten Rüstungshegemonie und durch seine Führerrolle bei dem sowjetfeindlichen Kreuzzug die Hauptgefahr für den Wiederausbruch des imperialistischen Krieges darstellt.

Wir französischen Kommunisten prangern unermüdblich die militärische Politik Frankreichs an, wie auch die Herzkstellung von Kriegsmaterial.

Wir prangern den „konstruktiven Plan“ an, der nur die Grundlage für das Wettrennen abgibt.

Wir richten uns gegen die Reparationszahlungen durch das deutsche Volk, die von den Großhospitalisten eingeleitet werden.

Keinen Pfennig Tribute — das ist die Parole, die wir überall in Stadt und Land verbreiten.

Wir richten uns gegen die französische Politik der Unterdrückung Polens, die sich gleichzeitig gegen das deutsche Volk richtet, dessen Land zerstört wurde, wie auch gegen die Sowjetunion.

Wir richten uns gegen die französischen Umtriebe in Rumänien und Japan, die das doppelte Gesicht der französischen Regierung erkennen lassen, wie sie einerseits einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion unterschreibt und andererseits gleichzeitig die dunkelsten Mächenschaften gegen den ersten proletarischen Staat betreibt.

Wir richten uns gegen den Plan zur Anechtung Oesterreichs durch den französischen Imperialismus.

Wir richten uns gegen die Unterdrückung, der das Volk von Elbisch-Pöhringen ausgelehrt ist, für das wir das freie Selbstbestimmungsrecht, einschließlich des Rechtes auf Trennung von Frankreich fordern.

Wenn die französische Bourgeoisie heute versucht, eine feindliche Strömung gegen das deutsche Volk zu schaffen, indem sie die Forderung der „Sicherheit“ vorschleibt und damit versucht, ihre ungeheuerliche Rüstungspolitik zu rechtfertigen, so setzt die KP Frankreichs alle Kräfte ein, um diese offiziellen Heucheleien zu entlarven.

Die kommunistische Partei zeigt, daß die Sicherheit in dem Proletariat und der Bauernschaft Deutschlands beruht, die keinen Krieg wollen und deren Kampf für die soziale und nationale Befreiung sich mit dem Kampf verbindet, den die französischen Arbeiter gegen den Imperialismus ihres eigenen Landes führen.

Auf beiden Seiten der Grenze versucht die Bourgeoisie, den Massenhaß zu schüren, aus dem sie Profit schlagen möchte. Wir antworten darauf, indem wir euch die Bruderhand entgegenrecken, euch deutschen Arbeitern, die die kommunistische Partei eures Landes zum Kampfe gegen die Regierung Schleichers und gegen die faschistischen Hitler-Banden führt, denen die deutsche Sozialdemokratie den Weg bereitet hat.

1871 hatte Stomard dem französischen bürgerlichen Volkstäter Thles geholfen, die Pariser Kommune abzuwürgen. Heute ist das imperialistische Frankreich bereit, den Helfern des deutschen Volkes zu Hilfe zu eilen, um seine Revolten im Ruhrgebiet zu ersticken.

Über die französischen Proletarier achten wir nach. Sie richten ihre Pläne auf ihre deutschen Brüder. Sie wissen, daß alle euch verfehten Schläge auf uns zurückfallen.

Sie wissen, daß ihr Elend das Vösegeld der Hegemoniepolitik des französischen Imperialismus ist.

Sie rufen euch auf, den deutschen Faschismus durch den revolutionären Massenkampf zu vernichten.

Sie bereiten sich darauf vor, euch in euren Kämpfen noch wirksamer zu unterstützen, als vor zehn Jahren bei der Ruhrbesetzung.

Nieder mit dem Versailler Vertrag, diesem Dokument zur Unterdrückung des deutschen Volkes und zur Ausbeutung des französischen Proletariats.

Nieder mit den Reparationszahlungen und Kriegsschulden!

Es lebe die Solidarität der Arbeiterschaft Deutschlands und Frankreichs!
Es lebe die KP Deutschlands, die Führerin der werktätigen Massen in ihrem Kampfe für die Befreiung des deutschen Volkes, für die Niederwerfung des Faschismus, für die Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland.
Es lebe die internationale Solidarität der ausgebeuteten Massen gegen die Bourgeoisie!
Das SA. der KP. Frankreichs.

Regierungsprovokation in Spanien

Eisenbahnerstreik soll in Strömen Arbeiterblutes erstickt werden / Polizeigemeinel in Katalonien

Madrid, 10. Januar. Die brutalen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen der sozialdemokratisch-republikanischen Regierung haben zu schweren Straßenkämpfen in ganz Katalonien und zu großen Streiks in mehreren spanischen Städten geführt. Seit Wochen bereiten die Eisenbahner einen großen Streik gegen die Hungerangriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung vor. Die Regierung Azana-Caballero organisierte bereits in den letzten Tagen große Provokationen, behauptete, sie hätte Bomben in verschiedenen Städten gefunden und steigerte die Verfolgung gegen die kommunistische Partei ins ungeheuerliche, da sie wußte, daß unsere spanische Bruderpartei die Einheitsfront zum Streik der Eisenbahner organisierte. Gleichzeitig bediente sich die Regierung anarcho-sindikalistischer Elemente als Provokateure gegen die Arbeiterschaft.

Nun ist es infolge dieser brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung in Barcelona zu großen Straßenkämpfen gekommen, die durch die Polizeikräfte provoziert worden waren. Polizisten waren zu Tausenden in Barcelona zusammengezogen worden, angeblich, um einen „Aufruhr“ abzuwehren, in Wirklichkeit aber, um den Eisenbahnerstreik niederzuschlagen und die Werttätigen zu terrorisieren. Künftig ohne jeden Anlaß eröffnete die Polizeibande einen Feuerangriff auf eine Menge von Arbeitern, die sich in den Straßen angesammelt hatten. Erst auf diesen Feuerüberfall hin sammelten sich die Arbeiter zu noch größeren Demonstrationen in den Straßen Barcelonas und errichteten schließlich Barrikaden, um sich gegen die blutdürstigen dreiflügeligen Polizeigendarmen zu schützen. An der Polizeipräktur und an

der Kaserne kam es zu blutigen Kämpfen, in deren Verlauf zahlreiche Arbeiter gemordet wurden. Auf die Kunde von diesen blutigen Polizeiberfällen hin legten die Verkehrsbetriebe und zahlreiche Betriebe und ein großer Teil der Eisenbahner die Arbeit nieder. Auch auf den Kanarischen Inseln traten die Arbeiter auf die Nachricht von den blutigen Polizeiprovokationen der sozialdemokratisch-republikanischen Regierung in den Streik. Die Streike Madrid-Saragossa ist durch den Streik der Eisenbahner völlig stillgelegt worden. Die Zahl der Toten und Verwundeten, die außerordentlich hoch sein muß, steht bisher noch nicht fest. Die Regierung verbreitet nach wie vor verleumderische Behauptungen von „kommunistischen Putschplänen“, um auf diese Weise den Streik der Eisenbahner zu diskreditieren und ihn im Blute zu erstickten.

Das von der Regierung angegriffene Blutbad gegen die spanischen Arbeiter muß eine Protestwelle unter dem ganzen internationalen Proletariat hervorrufen. Diese Regierung, die die monarchistischen Verschwörer erst in den letzten Tagen auf freien Fuß gesetzt hat, diese deutschen Rostes wollen den spanischen Kapitalismus retten und lassen zu Hunderten die Arbeiter und Bauern niederknallen, die um ein Stückchen Brot zur Stillung ihres Hungers kämpfen. Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts“ selbstverständlich das von der spanischen Regierung angegriffene Blutbad deckt und die Arbeiter bejährt, sie seien „non monarchisten bestochen“. Das deutsche Proletariat muß zeigen, daß es seinen spanischen Brüdern in ihrem schweren Kampf um Brot und Freiheit in voller Solidarität zur Seite steht.

Zwischen Tanks und Stacheldecht

WILLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

2. Fortsetzung

Hört wieder aufmerksam dem Sprecher zu. Er kann aber den Zusammenhang der Ausführungen nicht verstehen, weiß nicht, was er von dem Gehörten und wie er es aufschreiben soll, er versucht, die Sätze, die ihm besonders wichtig erscheinen, aufzuschreiben. Mitten im Schreiben vergißt er das Gehörte. Es werden nur halbe Sätze:

„Die Ruhrbesetzung ist die Fortsetzung des Krieges, der...“

„Wir Kommunisten sind die einzigen, die den Versailler Vertrag...“

„Den französischen und belgischen Soldaten sagen...“

„Antimilitaristischer Kampf gegen... Antimilitar... Arbeit...“

„Antimilitaristische Arbeit...“

Rudi Schweiffelt kann nicht mehr weiter schreiben. Eine stärkere Müdigkeit überfällt ihn. Er legt Papier und Bleistift auf den Stuhl und geht in die Schankstube. In lustiger Unterhaltung sieht er an jedem Tisch Jungen und Mädchen sitzen. Am ersten Tisch an der Tür, wo die Delegiertenausweise kontrolliert wurden, ist die lauteste Unterhaltung. Rudi Schweiffelt geht sich dazu. Sofort bietet ihm ein großer junger Mann Schokolade an. Alle an dem Tisch lauten Schokolade.

„Wer ist das, der da spricht?“ fragt ihn der Große.

„Das ist Genosse Kref, unser Bezirksleiter!“

„Der kann aber sprechen!“ lobt der Große und schaut durch die sich wieder öffnende Tür zum Tisch.

Rudi Schweiffelt geht an die anderen Tische. Stützt hier und da ein Butterbrot, was, wenn es ihm gelingt, mit Lachen belohnt wird, geht an die Theke und bittet den Wirt um ein Glas Wasser. Jetzt glaubt er wieder irisch zu sein. Er geht leise in den Saal hinein. Sieht nach, wie der Große Zigaretten verteilt. Als er sich zurechtfindet, spricht der Genosse Kref den Wirt an: „Kampf gegen die französischen und deutschen Kapitalisten...“

Kampf gegen Stinnes und Loucheur!“

Er fragt es wiederholt. Aus der hinteren Stuhlreihe steht ein kleiner Lehrling auf und geht nach vorn. Verlegen und flötend spricht er die ersten Sätze. Aufgeregt nimmt er die Notizblätter von einer Hand in die andere, verflucht dann mit einer weiten Geste seine Hände hinterm Rücken und fängt sehr laut und schnell zu sprechen an. Rudi Schweiffelt hört nicht, was der Lehrling über die Betriebsräte bei Krupp berichtet. Er hört nur das Herausprudeln der Sätze und das peinliche Gefühl, der Lehrling könne plötzlich in seiner Rede stecken bleiben. Er stellt einen Vergleich an mit der ruhigen Sprechweise des Genossen Kref, schaut zu dem Tisch hinüber, um in das Gesicht von Kref zu blicken. Kref sitzt nicht mehr am Tisch, auch seine Aktentasche liegt nicht mehr auf dem Stuhl.

Der Lehrling vor Krupp geht auf seinen Platz zurück. Franz Hallig hebt seinen Arm: „Ich möchte das Wort!“

„Der Genosse Franz Hallig als Vertreter der Jungarbeiter von Jech Matthias Stinnes hat das Wort!“ meldet ihn Karl Allerich an.

Wo ist Kref?

Rudi Schweiffelt wartet gespannt auf Halligs Sprechen. „Ruhe!“ ruft er nach hinten. Dort ist es unruhig geworden. Er blickt Hallig in die Augen. Der schaut nach hinten auf die Saaltür. Rudi Schweiffelt dreht sich ärgerlich um. „Verdammt, nu seid doch ruhig!“ wollte er rufen, schreut aber zusammen. Einige Männer sind durch die hintere Saaltür hereingekommen und haben sich auf die Stühle gestellt. Sie halten Revolver in den Händen und rufen: „Hände hoch! Alles Hände hoch!“ Einer von den Männern, ein dunkler, schwarzhaariger, steht auf einem Tisch und ruft: „Ruhig bleiben, ruhig bleiben! Euch geschieht nichts, nur sagen, wo ist Kref?“ Alle Delegierten haben die Hände hochgehoben. Rudi Schweiffelt wird hin- und hergestoßen. Neben ihm ruft einer: „Bluthund!“

„Ruhig bleiben, ruhig bleiben!“ denkt Rudi Schweiffelt und ruft es dann auch. Wird dabei selbst ruhig. Er schaut sich nach Hallig um, den er nirgends sieht. Möglich steht Karl Allerich neben ihm und flüstert ihm zu: „Hier hat kein Kref gesprochen, verfluchte? Weiterfragen!“

Rudi Schweiffelt zwängt sich zwischen umgefallene Stühle und drängende Genossen. Sagt zu jedem: „Wir kennen keinen Kref! Hat hier nicht gesprochen!“ Er kommt in die Nähe des Tisches, moranz der Schwarze steht, mit dem Revolver herumfuchelt und immer wieder ruft: „Wo ist Kref?“

„Wir kennen keinen Kref!“ ruft Rudi Schweiffelt.

Der Schwarze dreht sich um, will sehen, wer es gerufen hat. „Wir kennen keinen Kref!“ wird da von überall gesungen.

„Wir werden ihn schon finden!“ droht der Schwarze. „Los, Paßkontrolle!“ Er springt vom Tisch. Zwei Männer folgen ihm. Sie gehen zur vorderen Saaltür, die zur Schankstube führt, öffnen sie und rufen den Soldaten, welche die Ausgänge bewachen, französische Worte zu.

„Alles zurück!“ Er stößt die an der Tür Stehenden vor die Brust, packt Tische und Stühle zusammen und baut mit ihnen eine schmale Gasse. An ihrem Anfang stellt er sich auf, macht eine Armbewegung: „Alles vorwärts!“ und unterstucht die vorgehaltenen Pässe. Die anderen drei Männer stehen drei Schritte entfernt. Die Genossen, deren Paß untersucht worden ist, werden von den zwei Männern am ganzen Körper abgetastet. Die ohne Paß Angetroffenen werden von den Soldaten abgeführt und müssen draußen auf ein Lastauto steigen. Vorher werden sie vor dem großen jungen Mann, der an der Tür die Schokolade und Zigaretten verteilt hatte, hingelegt. Der blickt jeden scharf an, schüttelt den Kopf und ruft dem Schwarzen zu: „Nein, ist nicht. Hier, so einen kleinen Schnäuzer.“ Er zeigt mit zwei Fingern unter seine Nase.

Die Paßkontrolle verläuft langsam. Rudi Schweiffelt steht neben Karl Allerich, der mit ärgerlichem Gesicht den Schwarzen beobachtet. Ohne seinen Kopf zu wenden, sagt er zu Rudi: „Mich werden sie bestimmt festhalten. Meinen Namen haben sie auch, und die haben doch gesehen, wie ich am Tisch stand. So eine Scheiße!“

Nur noch einige Delegierte stehen vor ihnen. Eine Minute, dann ist er an der Reihe. Kurz vor dem Schwarzen stellt Rudi Schweiffelt sich dicht hinter Karl Allerich, um zu sehen, was wird. Karl Allerich gibt dem Schwarzen seinen zusammengefalteten Paß. Der Schwarze faltet ihn auseinander und hält ihn an seine kurzschäftigen Augen. Er bemerkt, daß er den Paß verkehrt in den Händen hält. Dreht ihn um, dabei macht seine ermüdete Lunge einen tiefen Atemzug. „Non Dieu, psui, was stinkt der!“ schimpft er und schüttelt angeekelt mit dem ausgestreckten linken Arm den Paß. Karl Allerich guckt verständnislos den Schimpfen an. Der Schwarze steckt ihm den Paß zwischen zwei Fackentöpfe und schubst ihn nach vorn. Das Abtaffen fühlt Karl Allerich nicht.

(Fortsetzung folgt)

Ruhrbesetzung vor zehn Jahren

Am 11. Januar 1923 — vor zehn Jahren — marschierten die Truppen des französischen Imperialismus im Ruhrgebiet ein. Zwei Divisionen Infanterie, Kavallerie, Artillerie mit Tanks, Kanonen und Flugzeugen besetzten Oberhausen, Wülfrath und Essen und bis zum 15. Januar das ganze Ruhrgebiet.

Mit Tanks und Kanonen um Kohle und Koks

Hinter diesem Ruhrmarsch stand vor allem das „Comité des forges“, die französische Schwerindustrie und ihre Motive waren: der Profit und der Haß gegen den Bolschewismus. Vor dem Weltkrieg 1914/18 hatte Frankreich eine Koks-Produktion von fünf Millionen Tonnen. Nach dem Krüge erhielt Frankreich durch den Versailler Vertrag Lothringen und die Verfühlung über das Saargebiet und damit das Eisen- und Stahlgebiet. Für die nun erhöhte Koksproduktion von 11 Millionen Tonnen brauchte Frankreich aber auch mehr Kohle; es hatte sechs Millionen Tonnen Koks und brauchte für die elf Millionen Tonnen Koks 13 Millionen Tonnen Kohle. Die fehlenden sieben Millionen Tonnen Kohle mußten aus dem kohlereichen Ruhrgebiet importiert werden. Im Versailler Vertrag waren deshalb auf Betreiben des Comité des forges auch deutsche Reparationsleistungen von Kohlen vorgelesen.

Das französische Kapital wollte sich die Kohlenlieferungen für die Hüttenindustrie zu günstigen Bedingungen sichern und betrieb deshalb die Bildung eines französisch-deutschen Montan-Traufs unter französischer Führung. Damit wollte der französische Imperialismus sich auch eine ökonomische Grundlage für seine Vorherrschaft in Europa schaffen.

Die deutsche Schwerindustrie war der Bildung eines solchen Traufs keineswegs abgeneigt, aber der ihr zugehörige Anteil an den Profitten schien ihr zu gering.

Die Verhandlungen der französischen und deutschen Schwerindustriellen hatten deshalb kein Ergebnis. Als nun Frankreich den Versailler Vertrag und seine Bestimmungen über Abgabe von Reparationslohn rücksichtslos handhabte, weigerte sich Deutschland, die Reparationslohn zu liefern.

Das nahm der französische und belgische Imperialismus zum Anlaß, um das Ruhrgebiet zu besetzen. Der wirtschaftliche Zweck der Besetzung für das französische Kapital war, die Ruhrzonen gewaltsam in Besitz zu nehmen. Darüber hinaus ging es der französischen Bourgeoisie darum, die Ruhrarbeiterbewegung, die einen der Hauptbrandherde der revolutionären Bewegung in Deutschland darstellte, endgültig niederzumerzen, einen rheinischen Pufferstaat „selbständig“ unter Frankreichs Patronat zu schaffen, Süddeutschland vom Reich loszulösen, einen Korridor bis zur Tschadowskawski zu errichten und schließlich an der Spitze des ganzen kapitalistischen Europas eine militärische Intervention gegen die Sowjetunion durchzuführen.

Die französische und deutsche Schwerindustrie streitet um den Anteil an den Profitten

Die deutsche Bourgeoisie proklamierte beim Ruhrmarsch den passiven Widerstand. Die Schwerindustrie „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (vom 14. Januar 1923) schrieb:

„Wenn aber weder Verhandlungen noch Waffengewalt möglich sind, wie soll man den eingedrungenen Feind wieder los werden? Hier bietet sich nur ... der Weg der systematischen Sabotage ...“

Im Saargebiet und Rheinland hat sich die französische Fremdherrschaft bereits als ein prächtiger Fruchtbauger zum deutschen Nationalstolz bewährt. Dort werden auch in sozialdemokratischen Arbeiterversammlungen nationale Niederlagen und Redner, die die „internationale Brüderlichkeit“ betonen, flammen sicher nicht aus den besetzten Gebieten.“

Der deutschen Bourgeoisie kam es somit darauf an, die Arbeiterbewegung, speziell mit Hilfe der Sozialdemokratie, vor den kapitalistischen Wagen zu spannen, nationalitätlich, chauvinistisch einzustellen.

Als die französischen Besatzungsbehörden am 21. Januar mehrere rheinisch-westfälische Zechenbesitzer und Direktoren (Thyssen, Tengelmann u. a.) verhafteten, um durch diesen Druck eine Verständigung über den Profitanteil bei dem geplanten französisch-deutschen Montantrauf zu bewirken, wurden die Verhafteten in der Kapitalistenpresse als „nationale Märtyrer“ ausposaunt. Es ging eben den Thyssen & Co. ausgezeichnet.

Ein einziger der Industriearbeiter erhielt ein Jahr Gefängnis — mit Strafausschub und er brachte die Strafe nie abzußen. Alle hohen Herrschaften wurden sofort freigelassen. Krupp hatte in Düsseldorf nach seiner Verhaftung ein prachtvolles Leben wie immer er konzentrierte mit seinen Direktoren und hatte sein übliches Diner und Souper mit Kaviar und Sekt. Aber die wegen des von der deutschen Regierung angeordneten passiven Widerstandes verhafteten Arbeiter, Angestellten, Eisenbahner, über 1000 Arbeitende, denen ging es verdammt schlecht.

Faschistische Provokateure

Zur nationalitätlichen Ablenkung und Einstellung der Massen wurden planmäßig von dem Kapital faschistische Elemente eingesetzt. Es waren Leute, die zu den Deutschvölkischen (Wulle) und zu den reaktionären Bänden gehörten und auch von Hitler waren ein paar Mann dabei. Sie machten Individualaktionen und zweifelhafte Sprengungen und bewirkten Provokationen und solche Zusammenstöße (in Essen u. a. O.), daß dabei Arbeiter getötet wurden und gleichzeitig die proletarische Massenbewegung geschwächt wurde.

Als eine Abteilung französische Truppen diese Automobilgarage bei Krupp besetzten, entsetzten die faschistischen Agenten Krupps unter revolutionären Frotzen Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Soldaten. Der französische Offizier wieder gab in nationalitätlicher Brutalität den Befehl zum Schießen und elf Arbeiter wurden getötet und 32 verwundet. Die nationalitätlichen Kruppischen Direktoren befanden sich natürlich weit vom Schaß.

Jede Sozialdemokratie mit ihren Kapitalisten

Wie 1914/18 im Weltkrieg die Sozialdemokratie eines jeden Landes mit ihrem Kapitalismus durch dick und dünn ging, so auch 1923 bei der Ruhrbesetzung.

Der Ruhrmarsch des französischen und belgischen Imperialismus wurde rücksichtslos unterstützt von der französischen und belgischen Sozialdemokratie. So erklärte der belgische sozialdemokratische Führer Vandervelde Anfang Januar 1923 im Parlament:

„Wir stimmen entschlossen wie ein Mann darin überein, daß unser Schicksal, ebenso wie der französische und

italienische, heilige Schicksal sind, die von Deutschland bezahlt werden müssen.“

Ein anderer prominenter „Sozialist“, der belgische Abgeordnete René Branquart, sagte:

„Wenn uns die Besetzung des Ruhrgebiets etwas einbringt, bin ich bereit, diesen Konflikt zu unterschreiben. Wenn ich mich der deutschen Schandtat der Deportierung, der Leiden unserer Bevölkerung erinnere, habe ich nicht den Mut, zu sagen, man möge nicht in das Ruhrgebiet gehen, um den Völkern keine Sorge zu machen.“

Die deutsche Sozialdemokratie wieder besorgte im besonderen die Geschäfte des deutschen Kapitals und bemühte sich mit allen möglichen Manövern, nationalitätliche Brände zu entfachen. So hielt Sollmann, der Kölner SPD-Führer, in Lüdingen (Württemberg) eine Rede, von der die nationalitätliche „Württembergische Zeitung“ begeistert schrieb:

Proletarischer Internationalismus der Kommunisten

Der Kampf und die Stellung der Kommunisten wird am besten gekennzeichnet durch den Ausruf, den die Kommunistische Internationale und das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) anlässlich des Blutbades in Essen erließen und in dem erklärt wurde:

„Sowohl für Poincaré wie für Cuno sind die blutigen Ereignisse in Essen willkommen. Sie müssen die Arbeiter des Ruhrbeckens und die französischen Soldaten gegeneinanderheben, sie müssen die Verbrüderung der französischen und deutschen Arbeiter des internationalen Kapitals verhindern.“

Die nationalitätliche Hege der deutschen Bourgeoisie ist ein Bluff: es ist sicher, daß die Bourgeoisie weiterhin versuchen wird, sich zu vertheidigen, und wenn ein Teil der Arbeiterbewegung, geführt von den nationalitätlichen Phrasen der Bourgeoisie, im Kampfe für sie scheitert, wird, nicht zögern wird, diesen hinterwärts zu erschließen.

Das Blut der von den Kugeln französischer Soldaten gefallener Essener Arbeiter darf das französische und das deutsche Proletariat nicht trennen. Im Gegenteil: das Blut der ermordeten Proletarier im Ruhrgebiet soll uns zusammenschweißen zu einer einzigen kämpfenden Armee.

Arbeiter Deutschlands! Arbeiter des Ruhrbeckens! ... Durch Verbrüderung mit den französischen Soldaten werdet ihr die ein-

Massenstreiks gegen Thyssen und das Comité des forges, gegen Cuno und Poincaré

Die Ruhrarbeiter erkannten bald, daß die Kommunisten recht hatten, wenn sie die Arbeiter zum Kampf gegen das eigene und gegen das ausländische Kapital aufriefen.

Am 1. Mai erschienen Kampfaufmärsche in deutscher und französischer Sprache, die sich an die deutschen Arbeiter und französischen Soldaten richteten. Trotz aller Maßnahmen der Besatzungsbehörden kam es zu großen Demonstrationen. Trotzdem die französischen Soldaten am 1. Mai streng in den Kasernen zurückgehalten wurden, kam es zu zahlreichen Verbrüderungsaktionen. Ausgelöst durch die wachsende Not der Bergarbeiter, durch die Hungerlöhne, durch steigende Arbeitslosigkeit und Inflation kam es zu großen Streiks in Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen u. a. O.

In Dortmund schloß die deutsche Polizei auf die streikenden demonstrierenden Bergarbeiter, von denen einer getötet und elf schwer verletzt wurden. Ein Schrei der Empörung ging durch das Ruhrgebiet. Die Streikbewegung verstärkte sich. In Dortmund wurde trotz der heftigen Sabotage der UGB-Bürokratie am 12. Mai der Generalstreik von den Betrieben beschlossen und durchgeführt und 40 000 Arbeiter demonstrierten. Die Arbeiter entwaffneten in den folgenden Tagen die von der deutschen Bourgeoisie und der SPD- und UGB-Führung unter Zustimmung der französischen Behörden geschaffene Bürgerwehr und Feuerwehrt und bildeten in Gelsenkirchen eine proletarische Sicherheitswehr. Am 27. Mai standen im Ruhrgebiet 250 000 Bergarbeiter und 60 000 Metallarbeiter im Streik.

Mitte August 1923 wurde durch den allgemeinen Generalstreik in Deutschland die Reichsregierung, deren Kanzler Cuno war, gezwungen.

Regierungspräsident Lutterbeck an General Denvignes

Die erbärmliche Rolle der deutschen Bourgeoisie trat immer offener zum Vorschein. Kennzeichnend dafür ist der Brief des Düsseldorfener Regierungspräsidenten Dr. Lutterbeck an den französischen Besatzungsgeneral Denvignes. In dem Dokument heißt es:

„Die Entwicklung der Dinge am 23. und 24. Mai in Gelsenkirchen zeigt aber, daß der Kommunismus es nicht bei der in Mülheim eingetretenen Wendung belassen will ...“

Wenn Frankreich diese Umtriebe weiter duldet, so kommt es nur allzu leicht in den Verdacht, als ob Frankreich die Schwächung der deutschen Autorität im Ruhrgebiet um jeden Preis, selbst um den Preis der gesamten europäischen Zivilisation bedrohenden Anfrichtung einer Röhelherrenschaft im Ruhrgebiet herbeiführen will. Das Spiel, das hier gespielt wird, hat keine Gefahren für Frankreich selbst.

Der Herr Ministerpräsident Poincaré hat in den letzten Tagen dem sozialistischen Abgeordneten Aurio erklärt, daß Zwischenfälle bei einer Besetzung keineswegs unvermeidlich seien, z. B. seien im Jahre 1871/72 in Frankreich keine Zwischenfälle vorgekommen. Aus diesem Anlaß muß ich daran erinnern, daß damals bei dem Kommunismus das deutsche Oberkommando den französischen Behörden jedes Entgegenkommen zum Zwecke der Niederwerfung des Aufstandes in verständnisvoller Weise gezeigt hat. Das Gleiche muß ich auch hier fordern.

Ich ersuche deshalb um grundsätzliche Billigung der Entsendung von Schutzpolizei aus den Städten Düsseldorf, Duisburg und Hamburg nach den gefährdeten Stellen des Ruhrgebiets.“

Der französische General genehmigte die Forderung Lutterbecks und gemeinsam patrouillierten französische Militärpolizisten mit deutschen Schutzpolizisten durch die Arbeiterbezirke, wiederholt

berg) eine Rede, von der die nationalitätliche „Württembergische Zeitung“ begeistert schrieb:

„Da vielen deutsche Worte, die man aus dem Munde eines Rheinländers hören wollte ... und es war erfreulich und bedeutungsvoll, einen rheinischen Arbeiterführer das Bekenntnis zum deutschen Vaterland so uneingeschränkt und überzeugungstreu ablegen zu hören ... Auch deutsches Kapital und Arbeit wußte er verständnisvoll in diesen ersten Tagen gegenüber dem raubgierigen französischen militärischen Kapitalismus als ungetrenntlich zusammengehörig zu bezeichnen.“

Der Kanzler Cuno war ja auch vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten ernannt worden.

Die Sozialdemokratie machte sich im Verlauf der Ruhrbesetzung hüben wie drüben auch jede Stellungnahme, jede Aktion ihrer Kapitalisten zueigen und unterstützte sie nachdrücklich.

heißliche revolutionäre Kampffront gegen den internationalen Kapitalismus schaffen.“

In diesem Sinne veröffentlichte die Kommunistische Partei Frankreichs eine Erklärung, in der es hieß:

„Die Kommunistische Partei Frankreichs macht für dieses Verbrechen (Blutbad in Essen) nicht die jungen französischen Arbeiter und Bauern verantwortlich, die, von Poincaré mobilisiert, von ihrem Kommandanten aufgewiegelt und irreguliert werden. Sie ruft ihnen zu, daß die deutschen Arbeiter ihre Brüder sind, und daß beide einen gemeinsamen Feind haben: Cuno und Poincaré. Angesichts dieser neuen barbarischen Tat fordert die KPD Frankreichs die gesamte Arbeiterbewegung erneut auf, sich um die Forderungen zu setzen: Räumung des Ruhrgebiets, Annullierung des Versailler Friedensvertrages.“

Die Kommunisten in Deutschland erklärten den Arbeitern, daß ihr Kampf gegen den französischen Imperialismus, gegen das Comité des forges und den Vertrag von Versailles nur von Erfolg sein konnte als Kampf gleichzeitig gegen die deutschen Kapitalisten, gegen die Thyssen, Krupp und gegen Cuno. Das russische Proletariat hat an Stelle der russischen Ausbeuter die proletarische Herrschaft gesetzt und damit den Vertrag von Brest-Litowsk beseitigt.

wie in Bochum und Gelsenkirchen wurde gegen die Arbeiter auf unerbörteste vorgegangen. In Bochum wurden am 28. Mai 19 Arbeiter getötet und 107 verwundet. Im August wurden 200 000 Bergarbeiter von den Unternehmern ausgeperrt, um die Löhne zu kürzen.

Wie die Bourgeoisie, so ihre Sozialdemokratie. Der damalige preussische Innenminister Severing verbot am 21. Juni die antisowjetischen Hunderttausenden und ließ Arbeiterfunktionäre verhaften. Die UGB-Führer (Graßmann) erklärten in einem Aufruf, die Faschisten seien keine Gefahr und heßten gegen die Kommunisten und versuchten, eine „Gewerkschaftspolizei“ gegen Arbeiter einzuführen.

Das Cuno folgende Kabinett des Volksparteilers Stresemann, in dem mehrere SPD-Minister saßen, brach dann offen am 26. September 1923 den passiven Widerstand im Ruhrgebiet ab. Die deutschen Kapitalisten und ihre Sozialdemokratie erklärten die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und gingen desto brutaler gegen die deutschen Arbeiter vor, um aus ihnen noch mehr Profite herauszuquetschen.

Die Lehren des Ruhrkampfes

Für die Kommunisten und für die Arbeiter gilt es, die Lehren aus dem Ruhrkampf zu ziehen. Sie sind gerade jetzt von besonderer Bedeutung.

Die damalige Führung der KPD, unter Brandler und Thalheimer hatte die Rolle der Kommunistischen Partei aus der führenden Kraft im Befreiungskampfe des Proletariats unterschätzt, nicht die Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates erkannt; sie erfaßte die Bedeutung des sozialen und nationalen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse nicht und führte andererseits nicht den notwendigen Kampf gegen manche nationalitätlichen Abweichungen. Statt einer revolutionären Einheitsfrontpolitik machte sie Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie und machte parlamentarischen Rußhandel mit SPD-Ministern statt des Klassenkampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung, für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei hat aus ihren Fehlern gelernt und verwertet die Erfahrungen des Ruhrkampfes für die jetzige Situation. Heute steht die Situation im Zeichen der verzerrtesten imperialistischen Gegensätze und der Bedrohung der Sowjetunion. Der Versailler Vertrag, in dem die kapitalistischen Regierungen Deutschland immer mehr verstrickt haben, steigert alle imperialistischen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Polen bzw. Frankreich. Die deutschen Kapitalisten heufen mit Unterstützung der UGB-Führer die Arbeiter immer rücksichtsloser aus, bauen die Löhne und Unterstützungen ab. Die Schleicher-Regierung hält mit Hilfe der Hitler-Partei und der SPD-Führer die Arbeiter nieder und versucht sie, nationalitätlich, imperialistisch einzustellen.

Nur die Kommunistische Partei entfaltet das Banner des proletarischen Internationalismus. Am 31. Oktober 1932 erschien der Führer der KPD,

Genosse Ernst Thälmann, in Paris auf einer Riesensammlung der französischen Arbeiter. Er proklamierte hier und einige Tage später im Berliner Sportpalast unter der jubelnden Begeisterung der Arbeiter den Kampf gegen Kapital, Versailles und imperialistische Kriegstreiberei, für die Verteidigung der UdSSR, gegen den kapitalistischen Feind im eigenen Lande, für die soziale und nationale Befreiung, für das Kampfbündnis der französischen, deutschen und polnischen Arbeiter, für die Arbeiter- und Bauernrepublik.